

Investment Business in Germany

Besteuerung von Auslandsfonds in Deutschland ab 2018

A Guide to Taxation of Foreign Funds in Germany
from 2018

Updated Edition
2019

inkl.
Änderungen
JStG 2018
(dt./engl.)



Verband der Auslandsbanken
in Deutschland e.V.

Association of Foreign Banks in Germany

Anlage KAP für Investmenterträge zur Einkommensteuererklärung										
01	ISIN des Investmentfonds			Steuernummer des Steuerpflichtigen			Jahr			
Ausschüttung i.S.d. § 16 (1) Nr. 1 InvStG volle EUR										
04	Ausschüttung pro Anteil			x 05	Anteile Anzahl			=06	Ausschüttung	
Vorabpauschale i.S.d. § 16 (1) Nr. 2 InvStG										
07	Basiszins Vorjahr i.S.d. § 16 (1) InvStG			% x 08	RücknPr. Beginn Vorj. pro Anteil			=10	Mindest-Basisertrag	
11	RücknPr. Ende Vorj. pro Anteil			- 12	RücknPr. Beginn Vorj. pro Anteil			+ 13	=14	Höchst-Basisertrag
15	Basisertrag = niedriger positiver Wert aus Feld 10 oder 14			-16	Ausschüttung Vorj. pro Anteil			=17		
Veräußerungsgewinn i.S.d. § 16 (1) Nr. 3 InvStG										
20	Veräußerungserlös pro Anteil			- 21	Anschaffungskosten pro Anteil			- 22	Veräußerungsgewinn	
24	Veräußerungsgewinn pro Anteil			x 25	Anteile Anzahl			=26	Veräußerungsgewinn	
Investmenterträge nach Teilfreistellung i.S.d. § 20 (1, 3, 4) InvStG										
27	Summe Felder 6, 19 u. 26			x 1,00 = 28	Fonds die nicht unter Feld 29 - 32 fallen			33	Übertrog Felder 28 - 32	
29	Mischfonds <small>Kein Immobilienfonds und mindestens 25 % Aktien</small>			x 0,85 = 29				-34	Später-Pauschbetrag	
30	Aktienfonds <small>Mehr als 50 % Aktien</small>			x 0,70 = 30				35	abgeltungsteuerpflichtig	
31	Inländ. Immobilienfonds <small>Mehr als 50 % inländische Immobilien</small>			x 0,40 = 31				x 0,26375 = 36	Abgeltungsteuer i.S.d. § 36 (1) Nr. 1 - 3 InvStG	
32	Ausländ. Immobilienfonds <small>Mehr als 50 % ausländische Immobilien</small>			x 0,20 = 32						

Besteuerung von Auslandsfonds in Deutschland ab 2018

Geleitwort

Mit Bekanntgabe des Gesetzes zur Reform der Investmentbesteuerung (Investmentsteuerreformgesetz – InvStRefG) vom 19. Juli 2016 am 26. Juli 2016 im Bundesgesetzblatt ist ab 1. Januar 2018 eine grundlegende Reform der Investmentbesteuerung in Kraft getreten. Zentrale Elemente der Neuregelung stellen für Publikums-Investmentfonds die Abschaffung des „transparenten“ Besteuerungssystems durch getrennte Besteuerung von Investmentfonds und Anleger verbunden mit einer pauschalen Besteuerung (Vorabpauschale) auf Anlegerebene dar. Nur für sog. Spezial-Investmentfonds bleibt es – mit diversen Modifikationen – bei der bisherigen (semi-)transparenten Besteuerung des Systems bis 2017. Reformtreiber waren seitens der deutschen Finanzverwaltung neben dem Bestreben nach Vereinfachung der Fondsbesteuerung und der Vermeidung von Steuergestaltungen vor allem EU-rechtliche Risiken des bisher geltenden Rechts. Wegen der Steuerbefreiung von deutschen Investmentfonds können inländische Investmentfonds bis (einschließlich) 2017 deutsche Dividenden und Mieterträge ohne Steuerbelastung vereinnahmen, wohingegen ausländische Investmentfonds auch nach Berücksichtigung einer DBA-Ermäßigung mit mindestens 15 % Körperschaftsteuer definitiv belastet werden.

Ziel dieser Broschüre ist es, die neue Rechtslage für in Deutschland vertriebene Investmentfonds verständlich und überblicksartig darzustellen, wobei sie bereits das sog. „Jahressteuergesetz 2018“ vom 11. Dezember 2018 (BGBl. I Nr. 45, Seite 2338) berücksichtigt. Hierbei soll insbesondere die Qualifizierung von unterschiedlichen Fondsprodukten, die Besteuerung der Fonds und deren deutsche Anleger, etwaige Pflichten bzw. Obliegenheiten der Fonds wie auch Aspekte der Nachprüfung von Besteuerungsgrundlagen näher beleuchtet werden.

Frankfurt, im Frühjahr 2019

Markus Erb und Andreas Patzner

Inhalt

1	Einführung	5
2	Steuerliche Qualifikation von Fonds nach dem deutschen Investmentsteuergesetz ab 2018.....	5
2.1	Publikums-Investmentfonds	5
2.2	Spezial-Investmentfonds.....	7
2.3	Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft.....	11
2.4	Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen	13
2.5	Zusammenfassung	13
3	Besteuerung von Fonds und Anlegern nach dem deutschen Investmentsteuergesetz ab 2018	14
3.1	Allgemeine Besteuerungsgrundsätze.....	14
3.1.1	Allgemeine Regeln der Besteuerung deutscher Anleger	14
3.1.2	Überblick steuerliche Behandlung unterschiedlicher Fonds bei deutschen Anlegern	15
3.2	Publikums-Investmentfonds	16
3.2.1	Besteuerung auf Fondsebene	16
3.2.2	Besteuerung auf Anlegerebene	17
3.2.2.1	Steuerpflichtige Vorgänge.....	17
3.2.2.2	Übersicht.....	18
3.2.2.3	Teilfreistellungssystem.....	18
3.2.2.4	Praktische Beispiele	20
3.2.2.5	EU-rechtliche Implikationen.....	21
3.3	Spezial-Investmentfonds.....	21
3.3.1	Besteuerung auf Fondsebene	21
3.3.2	Besteuerung auf Anlegerebene	22
3.3.2.1	Ausgeschüttete Erträge nach § 35 InvStG.....	22
3.3.2.2	Ausschüttungsgleiche Erträge nach § 36 Abs. 1 InvStG	22
3.3.2.3	Gewinne aus der Veräußerung bzw. Rückgabe von Anteilen gemäß § 49 InvStG	23
3.4	Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft.....	25
3.4.1	Besteuerung auf Fondsebene	25
3.4.2	Besteuerung auf Anlegerebene	25
3.5	Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen	26
4	Steuerliche Pflichten bzw. Obliegenheiten für Fonds in Deutschland.....	27
4.1	Publikums-Investmentfonds	27
4.1.1	Steuerliche Pflichten des Fonds.....	27
4.1.2	Anleger-Reporting.....	27
4.2	Spezial-Investmentfonds.....	28
4.2.1	Steuerliche Pflichten des Fonds.....	28

4.2.2	Anleger-Reporting.....	28
4.3	Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft.....	29
4.3.1	Steuerliche Pflichten des Fonds.....	29
4.3.2	Anleger-Reporting.....	29
4.4	Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen.....	29
5	Betriebsprüfung durch die deutsche Finanzverwaltung.....	30
5.1	Publikums-Investmentfonds.....	30
5.2	Spezial-Investmentfonds.....	30
5.3	Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft.....	30
5.4	Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen.....	31
6	Zusammenfassung.....	32

1 Einführung

In- und ausländische Fonds unterliegen ggf. den deutschen Besteuerungsregelungen, wenn sie deutsche Anleger haben oder deutsche Einkünfte erzielen.

Das wichtigste Regelwerk der Besteuerung von Fonds ist das Investmentsteuergesetz, welches aufgrund des Gesetzes zur Reform der Investmentbesteuerung vom 19. Juli 2016 ab dem 1. Januar 2018 grundlegend überarbeitet wurde. Das Investmentsteuerreformgesetz – InvStRefG wurde am 26. Juli 2016 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

Das Investmentsteuerreformgesetz unterscheidet zwischen vier voneinander unabhängigen Besteuerungssystemen:

1. **Publikumsfonds:** Die Basis bildet ein „intransparentes“ Besteuerungssystem für sog. Publikums-Investmentfonds, das wie bei anderen Körperschaften auf der getrennten Besteuerung von Fonds und Anlegern basiert. Diesem System unterfallen mit Ausnahme von Spezial-Investmentfonds, Nicht-OGAW-Personengesellschaften und Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen, zunächst alle Kapitalanlagevehikel unabhängig von ihrer rechtlichen Ausgestaltung oder ihrem Anlegerkreis.
2. **Spezialfonds:** Für Spezial-Investmentfonds wird unter bestimmten Voraussetzungen wie bis zum Jahr 2017 für alle Investmentfonds das semi-transparente Besteuerungsverfahren beibehalten.
3. **Nicht-OGAW als Personengesellschaften:** Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft unterliegen den allgemeinen deutschen Besteuerungsregelungen, die eine transparente Besteuerung auf Anlegerebene vorsehen.
4. **Spezialgesetzen unterliegende Fonds:** Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen, z. B. Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, Kapitalbeteiligungsgesellschaften, REIT-Aktiengesellschaften und REIT-Körperschaften im Sinne des REIT-Gesetzes, bilden die 4. Gruppe.

2 Steuerliche Qualifikation von Fonds nach dem deutschen Investmentsteuergesetz ab 2018

2.1 Publikums-Investmentfonds

Gemäß §§ 6 ff. InvStG i. V. m. § 1 InvStG gelten alle

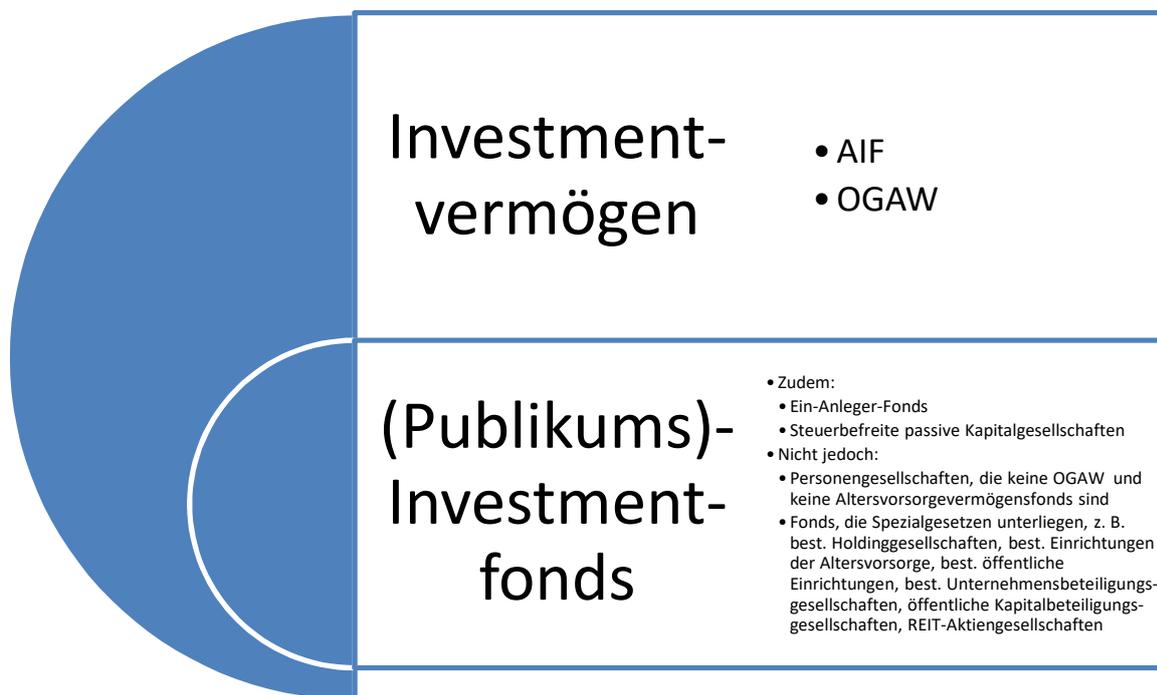
- OGAW (Organismen für die gemeinsame Anlage in Wertpapieren, die den Anforderungen der OGAW-Richtlinie 2009/65/EG entsprechen),
- AIF (Organismen für die gemeinsame Anlage, die das bei den Anlegern eingesammelte Kapital gemäß einer festgelegten Anlagestrategie zu deren Nutzen investieren, kein operativ tätiges Unternehmen außerhalb des Finanzsektors darstellen (§ 1 Abs. 1 KAGB) und nicht die Anforderungen der OGAW-Richtlinie 2009/65/EG erfüllen),
- Ein-Anleger-Fonds und
- steuerbefreite, nicht operativ unternehmerisch tätige Kapitalgesellschaften

als Publikums-Investmentfonds,

es sei denn, es handelt sich um

- Spezial-Investmentfonds,
- Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft, die weder als OGAW noch als Altersvorsorgevermögensfonds qualifiziert sind, oder um
- Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen.

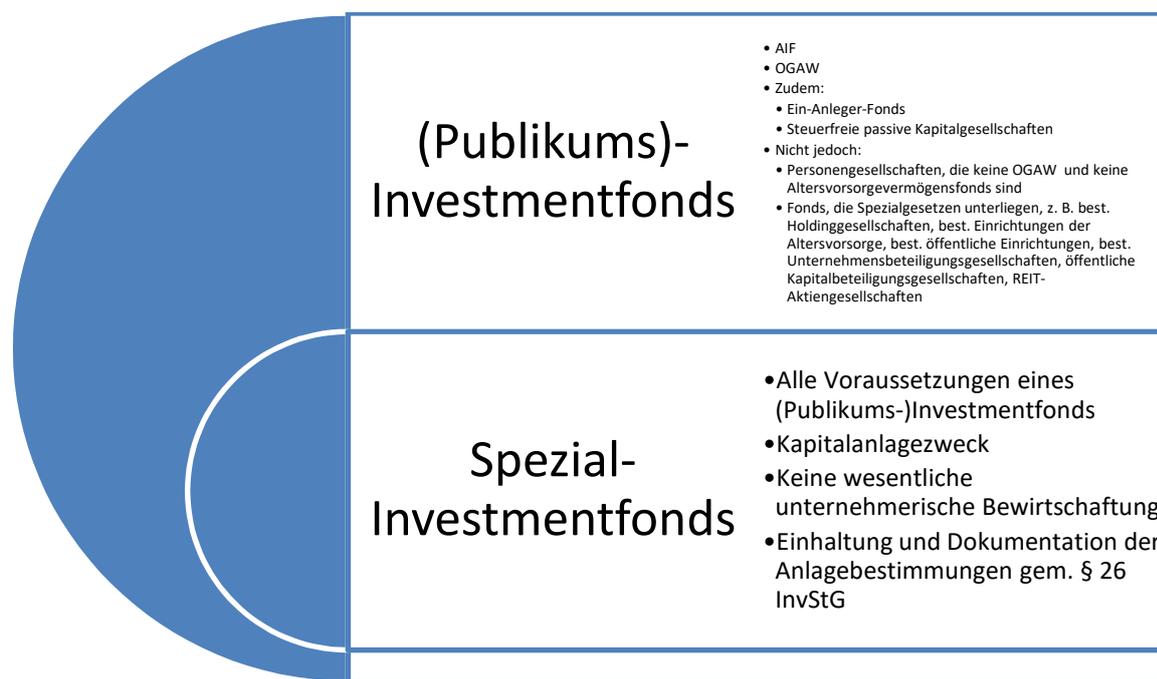
Gegenüber den aufsichtsrechtlich definierten regulierten Wertpapierfonds (OGAW) und den alternativen Fonds (AIF) ist die Definition des (Publikums-)Investmentfonds somit zunächst um Ein-Anleger-Fonds und steuerbefreite, nicht operativ unternehmerisch tätige Kapitalgesellschaften zu erweitern und sodann um Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft, die weder als OGAW noch als Altersvorsorgevermögensfonds qualifiziert sind, oder um Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen, einzuschränken:



2.2 Spezial-Investmentfonds

Gemäß §§ 26 ff. InvStG gelten alle OGAW, AIF, Ein-Anleger-Fonds und steuerbefreite, nicht operativ unternehmerisch tätige Kapitalgesellschaften als Spezial-Investmentfonds, wenn es sich weder um Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft, noch um Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen, handelt und

- wenn der Fonds auf die Anlage und Verwaltung seiner Mittel für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger beschränkt ist,
- seine Vermögensgegenstände nicht in wesentlichem Umfang unternehmerisch bewirtschaftet und
- bestimmte in § 26 InvStG normierte Anlagebestimmungen einhält.



Zusätzlich zu den Voraussetzungen eines Publikums-Investmentfonds muss ein Spezial-Investmentfonds somit die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- Kapitalanlagezweck, d. h. der Fonds ist auf die Anlage und Verwaltung seiner Mittel für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger beschränkt.
- Keine wesentliche unternehmerische Bewirtschaftung der Vermögensgegenstände, d. h. der Fonds wird nicht in erheblichem Umfang unternehmerisch tätig.
- Einhaltung und Dokumentation der Anlagebestimmungen gem. § 26 InvStG.

Die **Anlagebestimmungen** des § 26 InvStG lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Der Investmentfonds oder dessen Verwalter ist in seinem Sitzstaat einer **Aufsicht** über Vermögen zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage unterstellt. Diese Bestimmung gilt für Investmentfonds, die von AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaften verwaltet werden, als erfüllt.
- Die Anleger können mindestens einmal pro Jahr das **Recht zur Rückgabe oder Kündigung** ihrer Anteile, Aktien oder Beteiligung ausüben.

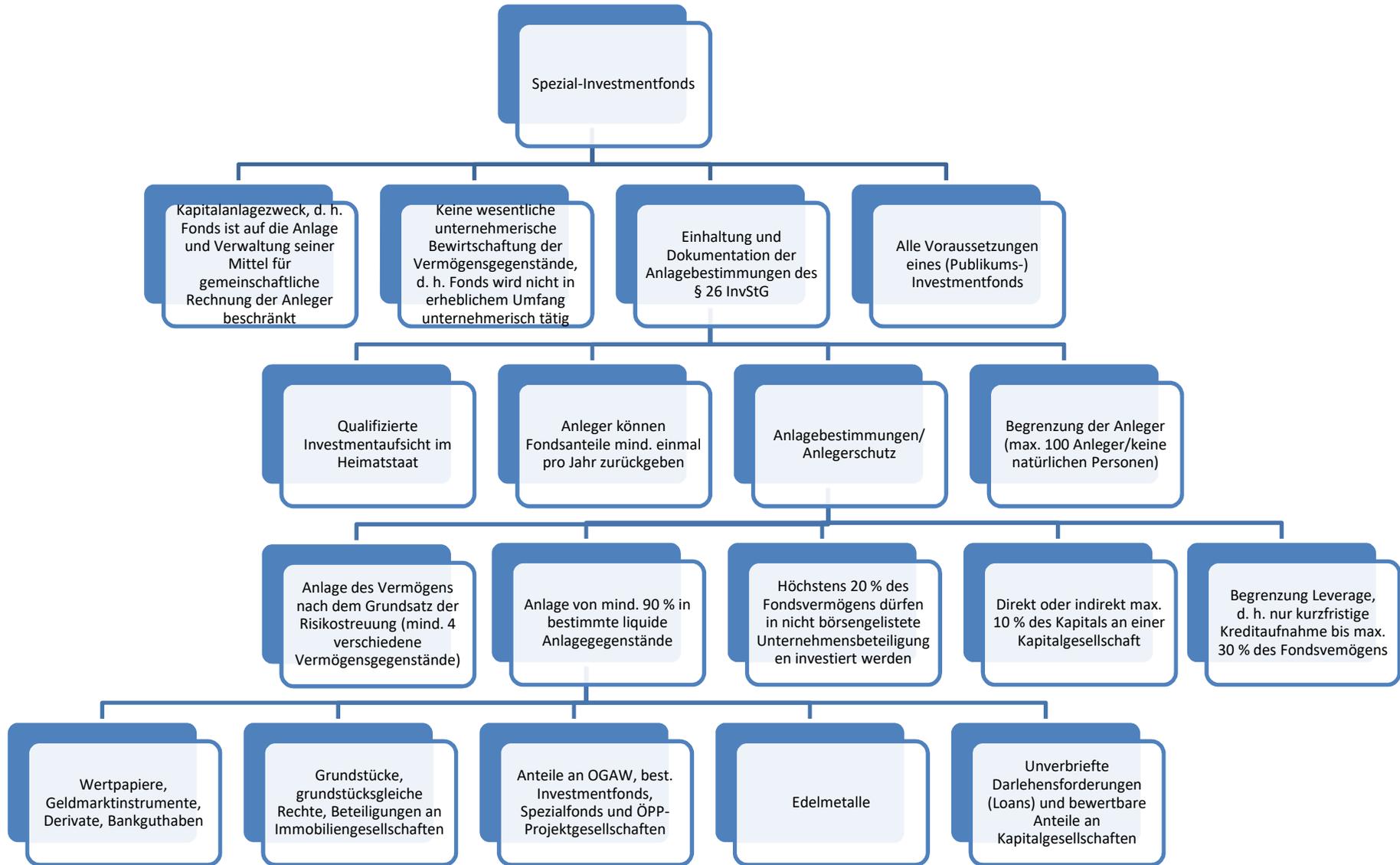
- Das Vermögen wird nach dem Grundsatz der **Risikomischung** angelegt. Eine Risikomischung liegt regelmäßig vor, wenn das Vermögen in mehr als drei Vermögensgegenstände mit unterschiedlichen Anlagerisiken angelegt ist. Der Grundsatz der Risikomischung gilt als gewahrt, wenn der Investmentfonds in nicht nur unerheblichem Umfang Anteile an einem oder mehreren anderen Investmentfonds hält und diese anderen Investmentfonds unmittelbar oder mittelbar nach dem Grundsatz der Risikomischung angelegt sind. Das Vermögen wird zu mindestens 90 % des Wertes des Investmentfonds in die folgenden **Vermögensgegenstände** angelegt:
 - a) Bestimmte Wertpapiere (z. B. börsenlistete) und sonstige Anlageinstrumente,
 - b) Geldmarktinstrumente,
 - c) Derivate,
 - d) Bankguthaben,
 - e) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und vergleichbare Rechte nach dem Recht anderer Staaten,
 - f) Beteiligungen an bestimmten Immobilien-Gesellschaften,
 - g) Betriebsvorrichtungen und bestimmte andere Bewirtschaftungsgegenstände,
 - h) Investmentanteile an in- und ausländischen Organismen für gemeinsame Kapitalanlagen in Wertpapieren sowie an in- und ausländischen Investmentfonds, die die Voraussetzungen des § 26 InvStG erfüllen,
 - i) Spezial-Investmentanteile,
 - j) bestimmte Beteiligungen an ÖPP-Projektgesellschaften, wenn der Verkehrswert dieser Beteiligungen ermittelt werden kann,
 - k) Edelmetalle,
 - l) unverbrieft Darlehensforderungen und
 - m) Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, wenn der Verkehrswert dieser Beteiligungen ermittelt werden kann.
- Höchstens 20 % des Wertes des Investmentfonds werden in **Beteiligungen an Kapitalgesellschaften** investiert, die weder zum Handel an einer Börse noch in einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind. Investmentfonds, die nach ihren Anlagebedingungen mehr als 50 % ihres Aktivvermögens in Immobilien oder Immobilien-Gesellschaften anlegen, dürfen bis zu 100 % ihres Wertes in Immobilien-Gesellschaften investieren. Innerhalb der 20 %-Grenze dürfen auch Unternehmensbeteiligungen gehalten werden, die vor dem 28. November 2013 erworben wurden.
- Die Höhe der unmittelbaren Beteiligung oder der mittelbaren Beteiligung über eine **Personengesellschaft** an einer Kapitalgesellschaft liegt unter 10 % des Kapitals der Kapitalgesellschaft. Dies gilt nicht für Beteiligungen eines Investmentfonds an
 - a) Immobilien-Gesellschaften,
 - b) ÖPP-Projektgesellschaften und
 - c) Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand auf die Erzeugung erneuerbarer Energien nach § 5 Nr. 14 Erneuerbare-Energien-Gesetz gerichtet ist.
- Ein **Kredit** darf nur kurzfristig und nur bis zu einer Höhe von 30 % des Wertes des Investmentfonds aufgenommen werden. Investmentfonds, die nach den Anlagebedingungen das bei ihnen eingelegte Geld in Immobilien anlegen, dürfen kurzfristige Kredite bis zu einer Höhe von 30 % des Wertes des Investmentfonds und im Übrigen Kredite bis zu einer Höhe von 50 % des Verkehrswertes der unmittelbar oder mittelbar gehaltenen Immobilien aufnehmen.
- An dem Investmentfonds dürfen sich unmittelbar und mittelbar über Personengesellschaften insgesamt nicht mehr als **100 Anleger** beteiligen. Natürliche Personen dürfen nur beteiligt sein, wenn

- a) die natürlichen Personen ihre Spezial-Investmentanteile im Betriebsvermögen halten,
- b) die Beteiligung natürlicher Personen aufgrund aufsichtsrechtlicher Regelungen erforderlich ist oder
- c) die mittelbare Beteiligung von natürlichen Personen an einem Spezial-Investmentfonds vor dem 9. Juni 2016 erworben wurde.

Der Bestandsschutz nach vorgenanntem Punkt c) ist bei Beteiligungen, die ab dem 24. Februar 2016 erworben wurden, bis zum 1. Januar 2020 und bei Beteiligungen, die vor dem 24. Februar 2016 erworben wurden, bis zum 1. Januar 2030 anzuwenden. Der Bestandsschutz nach Punkt c) ist auch auf die Gesamtrechtsnachfolger von natürlichen Personen anzuwenden.

- Der Spezial-Investmentfonds hat ein **Sonderkündigungsrecht**, wenn die zulässige Anlegerzahl überschritten wird oder Personen beteiligt sind, die nicht die Voraussetzungen der vorgenannten Punkte a) bis c) erfüllen.
- Die Anlagebestimmungen gehen aus den Anlagebedingungen hervor.

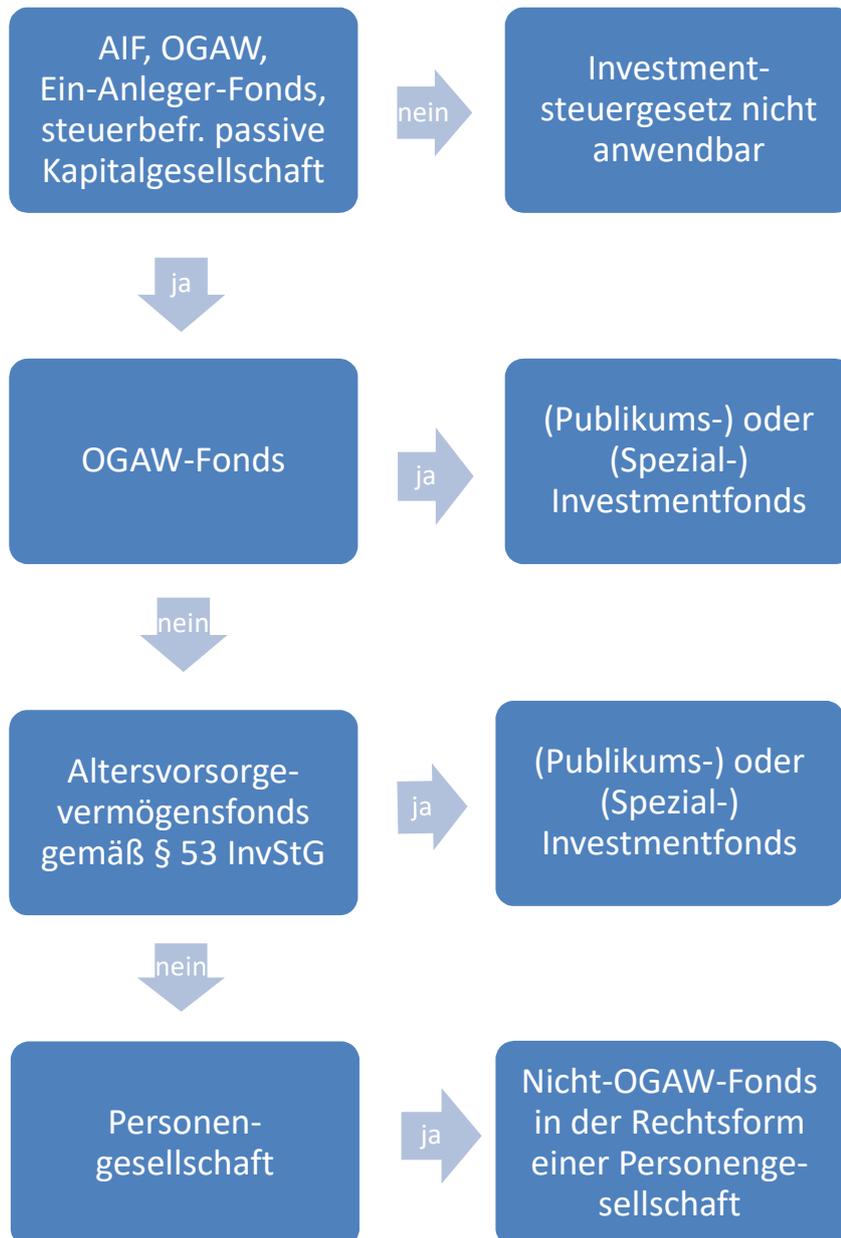
Die vorstehenden Voraussetzungen zur Qualifikation als Spezial-Investmentfonds lassen sich wie folgt darstellen:



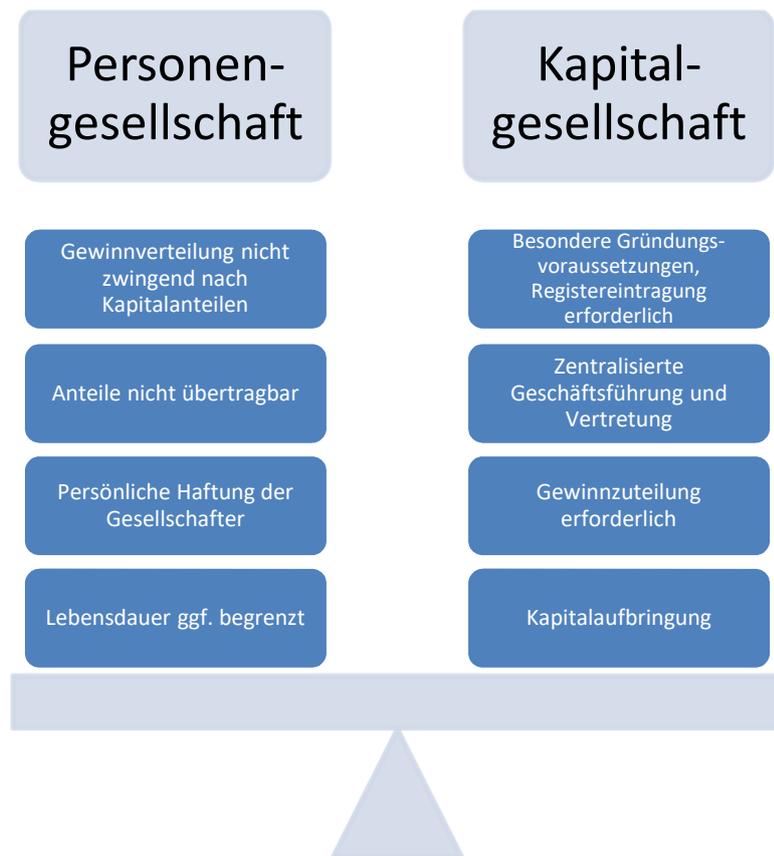
2.3 Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft

Gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 2 InvStG gelten Personengesellschaften nicht als Investmentfonds, es sei denn, es handelt sich um OGAW-Fonds oder um Altersvorsorgevermögensfonds nach § 53 InvStG.

Die Qualifikation als Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft stellt sich somit wie folgt dar:



Da deutsche Anleger einer Personengesellschaft besonderen Besteuerungsregelungen unterliegen, ist die Qualifikation als Personengesellschaft von besonderer Bedeutung. In Deutschland fallen unter die Personengesellschaft insbesondere die deutsche Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die offene Handelsgesellschaft (oHG) und die Kommanditgesellschaft (KG). Ein ausländisches Fondsvehikel gilt dann als Personengesellschaft, wenn es entsprechend der Kriterien eines sog. Rechtstypenvergleiches dem Idealtyp einer deutschen Personengesellschaft entspricht. Bezüglich des Rechtstypenvergleiches hat die Finanzverwaltung die nachfolgend beschriebenen Kriterien entwickelt. Je mehr Kriterien des Idealtypus der Personengesellschaft und je weniger Kriterien einer Kapitalgesellschaft eine ausländische Gesellschaft erfüllt, desto eher ist sie als Personengesellschaft anzusehen:



Da die Fremdvergleichsentscheidung anhand eines Kriterienkataloges oft erhebliche Abwägungs- und Wertungsfragen beinhaltet, die der Rechtssicherheit im Einzelfall im Wege stehen, hat die deutsche Finanzverwaltung in einem BMF-Schreiben zur Anwendung der Doppelbesteuerungsabkommen auf Personengesellschaften vom 26. September 2014 verschiedene ausländische Vehikel dahingehend analysiert, ob sie aus Sicht der Finanzverwaltung als Personengesellschaft anzusehen sind. Limited Partnerships (z. B. in den USA, UK, Cayman Islands, Australien), CVs (in den Niederlanden) und die SCS (in Luxemburg) sind etwa typischerweise als Personengesellschaften anzusehen.

2.4 Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen

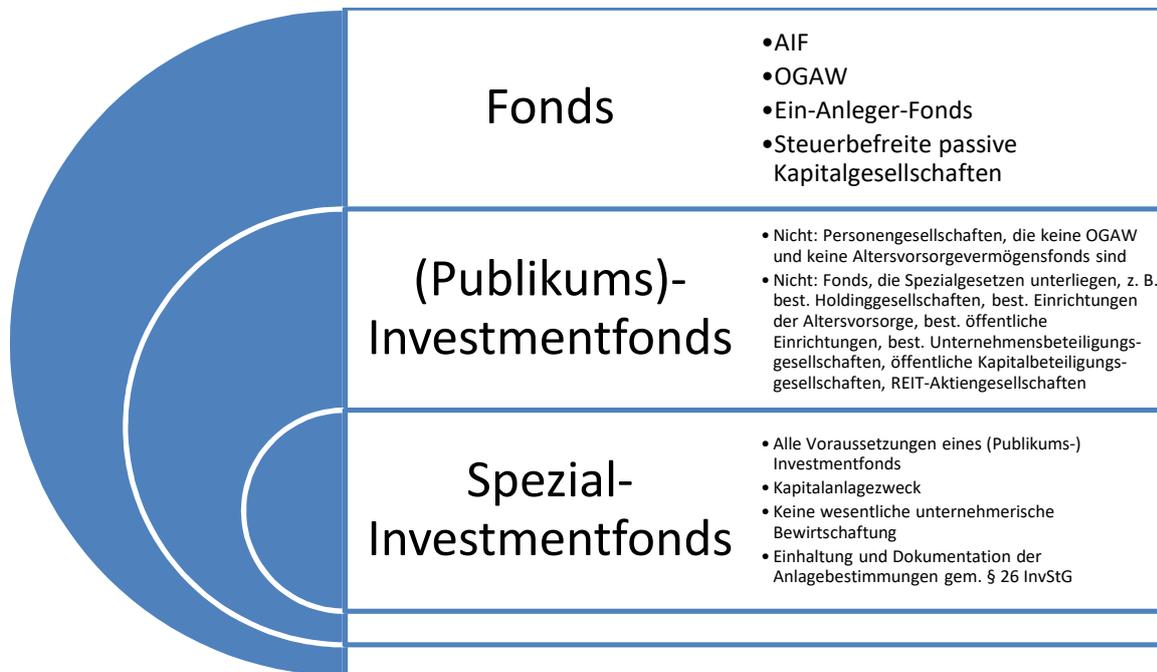
Für bestimmte Fonds, die Spezialgesetzen unterliegen, z. B.

- bestimmte Holdinggesellschaften,
- bestimmte Einrichtungen der Altersvorsorge,
- bestimmte öffentliche Einrichtungen,
- bestimmte Unternehmensbeteiligungsgesellschaften,
- bestimmte öffentliche Kapitalbeteiligungsgesellschaften und
- REIT-Aktiengesellschaften

kommen nicht die Regelungen des Investmentsteuergesetzes, sondern spezielle Regelungen oder die allgemeinen Regelungen des deutschen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuergesetzes zur Anwendung.

2.5 Zusammenfassung

Die steuerliche Qualifikation von Fonds nach dem deutschen Investmentsteuergesetz lässt sich somit wie folgt zusammenfassen:



3 Besteuerung von Fonds und Anlegern nach dem deutschen Investmentsteuergesetz ab 2018

3.1 Allgemeine Besteuerungsgrundsätze

3.1.1 Allgemeine Regeln der Besteuerung deutscher Anleger

Beim deutschen Fondsanleger unterliegen die Einkünfte aus Publikums-Investmentfonds als besondere Untereinkunftsart der Einkünfte aus Kapitalvermögen im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 3 EStG der sog. Abgeltungsteuer von 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 %, insgesamt 26,375 %, wenn es sich nicht um Einkünfte aus Investmentfonds handelt, die innerhalb eines Betriebsvermögens gehalten werden (natürliche Personen, die Fondsanteile im Privatvermögen halten). Kapitaleinkünfte sind bis zum Sparerpauschbetrag von 801 EUR (bzw. 1.602 EUR bei zusammenveranlagten Eheleuten und Lebenspartnern) nicht zu besteuern. Bei geringen Gesamteinkünften kann im Falle der sog. Veranlagungsoption ein geringerer Steuersatz oder auch Steuerfreiheit anwendbar sein. Einkünfte aus sonstigen Fonds (z. B. Personengesellschaften) können (ggf. partiell) ebenfalls Kapitaleinkünfte, darüber hinaus jedoch auch sonstige Einkünfte (z. B. aus Vermietung und Verpachtung, aus Gewerbebetrieb oder sonstige Einkünfte) darstellen und dann dem allgemeinen vom Gesamteinkommen abhängigen progressiv gestaffelten Einkommensteuersatz unterliegen.

Hält eine natürliche Person mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland die Fondsanteile im Betriebsvermögen, so kommt der vom Gesamteinkommen abhängige progressiv gestaffelte Einkommensteuersatz zur Anwendung (zwischen 0 %, wenn die Gesamteinkünfte innerhalb des sog. Grundfreibetrags liegen, und über 45 % bei hohen jährlichen Gesamteinkünften). Außerdem kommt Gewerbesteuer auf die Einkünfte aus Investmentanteilen in Betracht.

Bei deutschen Körperschaften und Kapitalgesellschaften sind die Einkünfte aus Investmentfonds grundsätzlich körperschaftsteuerpflichtig, wobei der Körperschaftsteuersatz 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 %, also insgesamt 15,825 % beträgt.

Natürliche Person mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland, die die Fondsanteile nicht in ihrem Gewerbebetrieb hält

- Einkünfte aus Kapitalvermögen (z. B. Einkünfte und Gewinne aus Investmentfonds nach § 20 Abs. 1 Nr. 3 EStG): Abgeltungsteuer von 25 % zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag, also 26,375 %
- Sonstige Fonds, die nicht zu Kapitaleinkünften führen, individueller Steuersatz bis über 45 % je nach Gesamteinkünften des Jahres

Natürliche Person mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland, die die Fondsanteile in ihrem Gewerbebetrieb hält

- Individueller Steuersatz bis über 45 % je nach Gesamteinkünften des Jahres
- Ggf. Gewerbesteuer

Körperschaften und Kapitalgesellschaften mit Sitz oder Geschäftsleitung in Deutschland

- Körperschaftsteuer von 15 % zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag, also insgesamt 15,825 %
- Grundsätzlich Gewerbesteuer

3.1.2 Überblick steuerliche Behandlung unterschiedlicher Fonds bei deutschen Anlegern

Für die Besteuerung von Fonds und deren Anleger ist die vorstehend dargestellte Qualifizierung nach dem Investmentsteuergesetz in

- sog. **Publikums-Investmentfonds**,
- sog. **Spezial-Investmentfonds**,
- sog. **Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft** und
- **Fonds, die besonderen Spezialgesetzen** unterliegen

von besonderer Bedeutung, weil sich die Besteuerungsregeln zwischen diesen Kategorien von Fonds erheblich unterscheiden:

(Publikums-) Investmentfonds	<ul style="list-style-type: none">• 15 % Körperschaftsteuer für bestimmte deutsche Einkünfte auf Fondsebene• Besteuerung von Fondsausschüttungen beim Anleger• Jährliche Mindestbesteuerung beim Anleger (Vorabpauschale)• Besteuerung der Veräußerungsgewinne (abzüglich bereits versteuerter Vorabpauschalen) beim Anleger• Teilfreistellungssystem beim Anleger zur Kompensation der Vorbelastung auf Fondsebene
Spezial-Investmentfonds	<ul style="list-style-type: none">• 15 % Körperschaftsteuer für bestimmte deutsche Einkünfte auf Fondsebene (aber Transparenzoption, wenn Anlegerbesteuerung nachgewiesen)• Besteuerung der Erträge und Gewinne des Fonds auf Anlegerebene bei Ausschüttung (Transparenzprinzip)• Besteuerung bestimmter Erträge und über einen längeren Zeitraum thesaurierter Gewinne des Fonds bei Thesaurierung zum Fondsgeschäftsjahresende beim Anleger
Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft	<ul style="list-style-type: none">• Komplette Transparenz für deutsche Einkommen- und Körperschaftsteuerzwecke• Besteuerung aller Erträge und Gewinne der Personengesellschaft beim deutschen Anleger zum Geschäftsjahresende (Personengesellschaft transparent)• DBA-rechtliche Blockerwirkung einer ausländischen Betriebsstätte ggf. durch Außensteuergesetz aufgehoben
Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen	<ul style="list-style-type: none">• Besteuerung sehr unterschiedlich je nach Art des Vehikels, z. B. Besteuerung nach dem deutschen REIT-Gesetz für REIT-Aktiengesellschaften und deren Anleger

3.2 Publikums-Investmentfonds

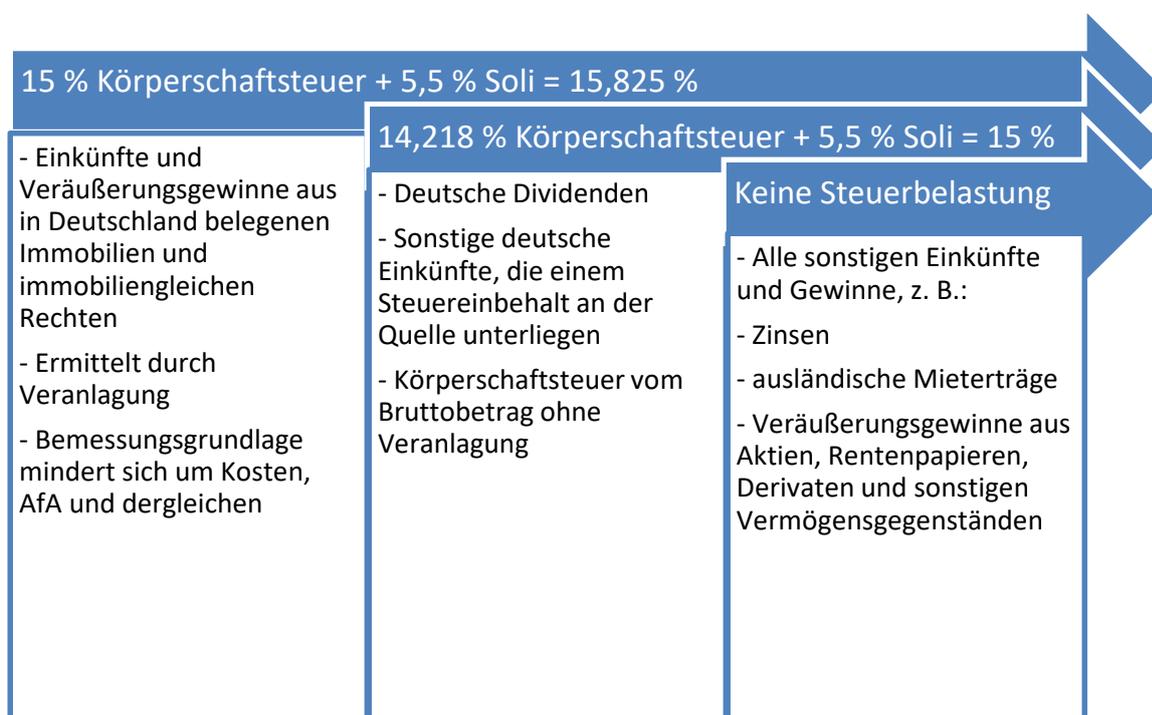
3.2.1 Besteuerung auf Fondsebene

Ab dem 1. Januar 2018 sind sowohl in- als auch ausländische Fonds gemäß § 6 InvStG mit bestimmten deutschen Einkünften körperschaftsteuerpflichtig, nämlich mit

- Dividenden aus deutschen Kapitalgesellschaften,
- bestimmten Kompensationszahlungen für solche deutschen Dividenden,
- Einkünften aus der Vermietung und Verpachtung deutscher Immobilien (Grundstücke, Gebäude, Wohneigentum und grundstücksgleichen Rechten),
- Gewinnen aus der Veräußerung von deutschen Immobilien und
- bestimmten sonstigen Einkünften aus deutschen Quellen.

Bei deutschen Dividenden und ggf. sonstigen Einkünften, die in Deutschland einem Steuereinbehalt an der Quelle unterliegen, ist die Körperschaftsteuer mit dem Steuereinbehalt abgegolten. Die Körperschaftsteuer und der Steuereinbehalt betragen einschließlich des Solidaritätszuschlages von 5,5 % der Körperschaftsteuer exakt 15 % (14,218 % Körperschaftsteuer zuzüglich 0,782 % Solidaritätszuschlag).

Bei Mieteinkünften und Veräußerungsgewinnen aus deutschen Immobilien findet grundsätzlich eine Veranlagung zur Einkommensteuer statt, so dass etwa auch mit der Immobilie zusammenhängende Kosten abgesetzt werden können. Der Körperschaftsteuersatz beträgt dann 15 % zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag, also insgesamt 15,825 %.



3.2.2 Besteuerung auf Anlegerebene

3.2.2.1 Steuerpflichtige Vorgänge

Deutsche Anleger haben gemäß § 16 InvStG folgende Erträge aus (Publikums-)Investmentfonds zu versteuern:

- **Ausschüttungen** des Investmentfonds nach § 2 Abs. 11 InvStG

In Höhe der Auszahlung, die ein Investmentfonds an den Anleger ausschüttet, hat der Anleger steuerpflichtige Einkünfte in dem Veranlagungszeitraum (Jahr), in dem die Ausschüttung dem Anleger zufließt bzw. bei diesem zu buchen ist.

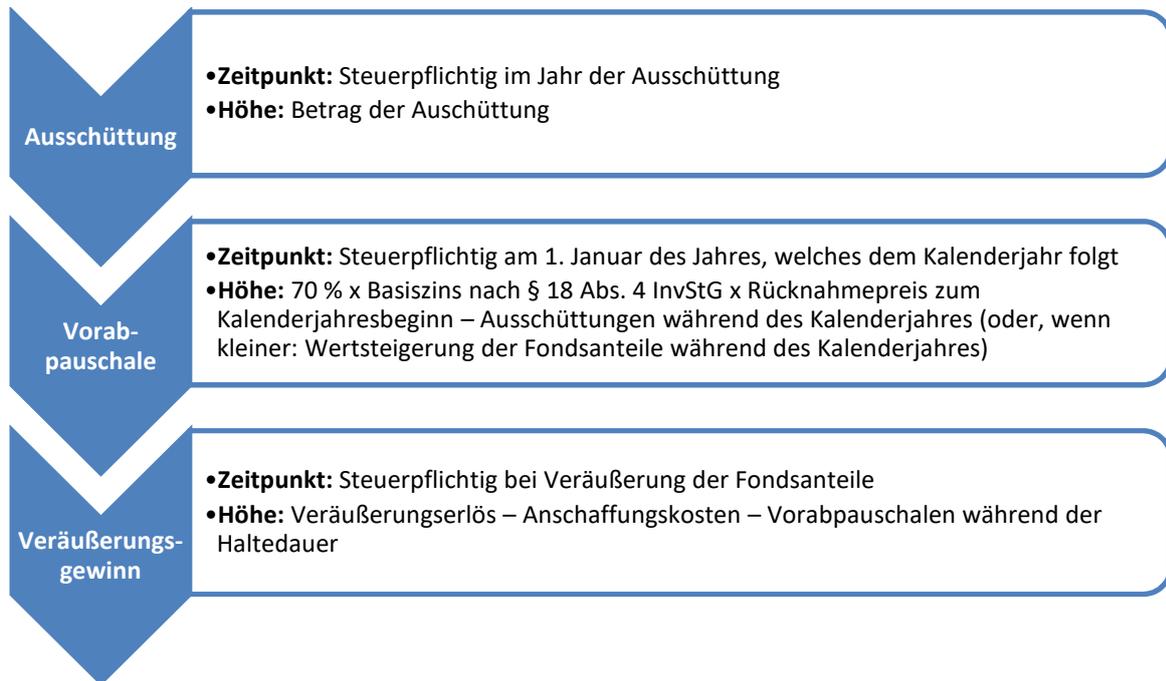
- Sog. **Vorabpauschalen** nach § 18 InvStG

Bei Investmentfonds, die thesaurieren (nicht ausschütten) oder die weniger ausschütten als einen jährlich mindestens zu versteuernden sog. Basisertrag des Anlegers, soll der Anleger mindestens die sog. Vorabpauschale versteuern. Die Vorabpauschale ist der Betrag, um den die Ausschüttungen eines Investmentfonds innerhalb eines Kalenderjahres den Basisertrag für dieses Kalenderjahr unterschreiten. Der **Basisertrag** wird ermittelt durch Multiplikation des Rücknahmepreises des Investmentanteils zu Beginn des Kalenderjahres mit 70 % des Basiszinses nach § 18 Abs. 4 InvStG. Der Basisertrag ist auf den Mehrbetrag begrenzt, der sich zwischen dem ersten und dem letzten im Kalenderjahr festgesetzten Rücknahmepreis zuzüglich der Ausschüttungen innerhalb des Kalenderjahres ergibt. Im Jahr des Erwerbs der Investmentanteile vermindert sich die Vorabpauschale um ein Zwölftel für jeden vollen Monat, der dem Monat des Erwerbs vorangeht. Die Vorabpauschale gilt am ersten Werktag des folgenden Kalenderjahres als zugeflossen.

- **Gewinne aus der Veräußerung** von (Publikums-)Investmentfonds-Anteilen nach § 19 InvStG

Der Veräußerungsgewinn ist die Differenz aus dem Veräußerungserlös abzüglich der Anschaffungskosten gemindert um die während der Besitzzeit angesetzten Vorabpauschalen (da diese bereits versteuert, jedoch im Veräußerungserlös/Rücknahmepreis bei Veräußerung noch enthalten sind).

3.2.2.2 Übersicht



3.2.2.3 Teilfreistellungssystem

Die Ausschüttungen, die Vorabpauschalen und die Veräußerungsgewinne mit Fondsanteilen sind gemäß § 20 InvStG bei bestimmten Fondskategorien je nach Anlegertyp zu einem bestimmten Teil steuerbefreit (sog. **Teilfreistellung**).

Steuerfrei sind bei in Aktienfonds investierten Privatanlegern, Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und bei Fondsanteile im Handelsbuchbestand haltenden Kreditinstituten 30 % der Erträge (**Aktienteilfreistellung**). Bei natürlichen Personen, die ihre Investmentanteile im Betriebsvermögen halten, beträgt die Aktienteilfreistellung 60 %. Bei Anlegern, die dem Körperschaftsteuergesetz unterliegen, beträgt die Aktienteilfreistellung 80 %.

Bei Mischfonds ist die Hälfte der für Aktienfonds geltenden Aktienteilfreistellung anzusetzen (**Mischfondsfreistellung**).

Steuerfrei sind bei Immobilienfonds 60 % der Erträge, wenn gemäß den Anlagebedingungen fortlaufend mehr als 50 % des Aktivvermögens des Investmentfonds in Immobilien und Immobiliengesellschaften angelegt werden, oder 80 % der Erträge, wenn gemäß den Anlagebedingungen fortlaufend mehr als 50 % des Aktivvermögens des Investmentfonds in ausländischen Immobilien und Auslands-Immobilien Gesellschaften angelegt werden (sog. **Immobilienteilfreistellung**).

Auslands-Immobilien Gesellschaften sind Immobilien Gesellschaften, die ausschließlich in ausländische Immobilien investieren.

Das System der Teilfreistellung lässt sich wie folgt darstellen:

Anleger	Aktienfonds (mehr als 50 % Aktien)	Mischfonds (mindestens 25 % Aktien)	Immobilienfonds Schwerpunkt deutsche Immobilien	Immobilienfonds Schwerpunkt ausländische Immobilien	Rentenfonds, Geldmarktfonds, Mischfonds < 25 % Aktien, Alternative Investmentfonds, Derivatefonds, ggf. synthetisch replizierende ETF
Privatanleger	30 %	15 %	60 %	80 %	0 %
Lebens- oder Krankenversicherung	30 %	15 %			
Kreditinstitut im Handelsbuch	30 %	15 %			
Natürliche Person im Betriebsvermögen	60 %	30 %			
Kapitalgesellschaft	80 %	40 %			

3.2.2.4 Praktische Beispiele

Beispiele:

Ein Investmentfonds qualifiziert als Rentenfonds. Der Rücknahmepreis zum 01.01.2018 beträgt 1.000 EUR je Anteil und der Zinssatz nach § 18 Abs. 4 InvStG beträgt 14,2857 %, so dass sich ein Basisertrag von 10 % ergibt. Ein deutscher Investor erwirbt am 01.10.2018 einen Anteil an dem Investmentfonds zu 1.100 EUR. Am 31.12.2018 und am 01.01.2019 beträgt der Rücknahmepreis je Anteil 1.200 EUR. Der Fonds hat während des Jahres 2018 keine Ausschüttung vorgenommen. Am 31.03.2019 schüttet der Fonds 50 EUR je Anteil aus. Der deutsche Investor veräußert am 02.01.2020 seinen Anteil zu 1.300 EUR.

02.01.2019:	Steuerpflichtige Vorabpauschale: $3/12 \times 10 \% \times 1.000 =$	25,00 EUR
31.03.2019:	Steuerpflichtige Ausschüttung:	50,00 EUR
02.01.2020:	Steuerpflichtige Vorabpauschale: $10 \% \times 1.200 - 50 =$	70,00 EUR
02.01.2020:	Steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn: $1.300 - 1.100 - 25 - 70 =$	105,00 EUR

Abwandlung: Es handelt sich um einen Aktienfonds (mehr als 50 % Aktien):

Privatanleger, Lebens- oder Krankenversicherung, Kreditinstitut mit Fondsanteilen im Handelsbuchbestand:

02.01.2019:	Steuerpflichtige Vorabpauschale: $3/12 \times 10 \% \times 1.000 \times 70 \% =$	17,50 EUR
31.03.2019:	Steuerpflichtige Ausschüttung: $50 \text{ EUR} \times 70 \% =$	35,00 EUR
02.01.2020:	Steuerpflichtige Vorabpauschale: $(10 \% \times 1.200 - 50) \times 70 \% =$	49,00 EUR
02.01.2020:	Steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn: $(1.300 - 1.100 - 25 - 70) \times 70 \% =$	73,50 EUR

Es handelt sich um eine natürliche Person, die den Fondsanteil im Betriebsvermögen hält:

02.01.2019:	Steuerpflichtige Vorabpauschale: $3/12 \times 10 \% \times 1.000 \times 40 \% =$	10,00 EUR
31.03.2019:	Steuerpflichtige Ausschüttung: $50 \text{ EUR} \times 40 \% =$	20,00 EUR
02.01.2020:	Steuerpflichtige Vorabpauschale: $(10 \% \times 1.200 - 50) \times 40 \% =$	28,00 EUR
02.01.2020:	Steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn: $(1.300 - 1.100 - 25 - 70) \times 40 \% =$	42,00 EUR

Es handelt sich um eine sonstige Kapitalgesellschaft/Körperschaft:

02.01.2019:	Steuerpflichtige Vorabpauschale: $3/12 \times 10 \% \times 1.000 \times 20 \% =$	5,00 EUR
31.03.2019:	Steuerpflichtige Ausschüttung: $50 \text{ EUR} \times 20 \% =$	10,00 EUR
02.01.2020:	Steuerpflichtige Vorabpauschale: $(10 \% \times 1.200 - 50) \times 20 \% =$	14,00 EUR
02.01.2020:	Steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn: $(1.300 - 1.100 - 25 - 70) \times 20 \% =$	21,00 EUR

Abwandlung: Es handelt sich um einen Immobilienfonds mit ausländischem Immobilienschwerpunkt (mehr als 50 % ausländische Immobilien):

02.01.2019:	Steuerpflichtige Vorabpauschale: $3/12 \times 10 \% \times 1.000 \times 20 \% =$	5,00 EUR
31.03.2019:	Steuerpflichtige Ausschüttung: $50 \text{ EUR} \times 20 \% =$	10,00 EUR
02.01.2020:	Steuerpflichtige Vorabpauschale: $(10 \% \times 1.200 - 50) \times 20 \% =$	14,00 EUR
02.01.2020:	Steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn: $(1.300 - 1.100 - 25 - 50) \times 20 \% =$	21,00 EUR

3.2.2.5 EU-rechtliche Implikationen

Das Investmentsteuergesetz in seiner bis 2017 anwendbaren Fassung wird insoweit europarechtlich als problematisch angesehen, als ausländische Investmentfonds, die mit Einkünften aus deutschen Quellen beschränkt steuerpflichtig sind mit 15 % Kapitalertragsteuer auf deutsche Dividenden (nach DBA-Ermäßigung), schlechter gestellt sind, als deutsche Investmentfonds, die derartige Bezüge frei von Kapitalertragsteuer vereinnahmen können (vergleichbare Regelungslage, die in den EuGH-Rechtssachen *Aberdeen*, *FIM Santander*, *Emerging Markets* und *Fidelity Investments* dazu geführt hat, dass der EuGH die Investmentfondsbesteuerungsregime von Finnland, Frankreich, Polen und Dänemark für unionsrechtswidrig erklärt hat).

Ob das bis einschließlich 2017 geltende deutsche Investmentfondsbesteuerungsregime tatsächlich gegen die Kapitalverkehrsfreiheit verstößt, wird letztendlich der EuGH in den aktuell beim Hessischen Finanzgericht anhängigen Musterklageverfahren mit dem Aktenzeichen 4 K 2079/16 bzw. 4 K 999/17 zu entscheiden haben. Dass das Vorliegen eines derartigen Verstoßes sehr wahrscheinlich ist, beweist der Umstand, dass der Gesetzgeber mit der ab 1. Januar 2018 geltenden Investmentsteuerreform auch Dividendenerträge inländischer Investmentfonds mit 15 % Körperschaftsteuer belegt und damit die unionsrechtswidrige Beschränkung der Steuerbefreiung auf inländische Investmentfonds abgeschafft und dies mit der Beseitigung der Unionsrechtswidrigkeit der vor 2018 geltenden Besteuerungsregeln begründet hat.

Indem der Gesetzgeber aber mit der europarechtlich gebotenen Einführung einer Körperschaftsteuer für in- und ausländische Investmentfonds mit Wirkung ab 1. Januar 2018 zeitgleich eine korrespondierende (Steuer-) Entlastung von in Deutschland ansässigen Anlegern durch das sog. Teilfreistellungssystem eingeführt hat, könnte man in der auf deutsche Anleger beschränkten Steuerentlastung auf Investorenebene über die Teilfreistellungen einen Verstoß gegen Unionsrecht sehen. Denn auch hier wird, wie bei der noch nicht eingeführten deutschen (Ausländer-)PKW-Maut eine Belastung für alle und zeitgleich eine korrespondierende Entlastung nur von Inländern bewirkt. Wegen derartiger unionsrechtlicher Bedenken wurde die Einführung der PKW-Maut bis zum Abschluss des EuGH-Verfahrens in der Rechtssache C-591/17 *Österreich/Deutschland*, in dem der EuGH darüber entscheiden wird, ob die Einführung einer Belastung für alle und Entlastung nur von Inländern unionsrechtswidrig ist, aufgeschoben. In Anlehnung an die Problematik der PKW-Maut sollten daher Investmentfonds mit ausländischen Anlegern, denen die Entlastung durch die Teilfreistellung verweigert wird, Anträge auf Entlastung von der Fondskörperschaftsteuer für ihre ausländischen Anleger stellen, um von einer entsprechenden EuGH-Rechtsprechung in der Zukunft profitieren zu können.

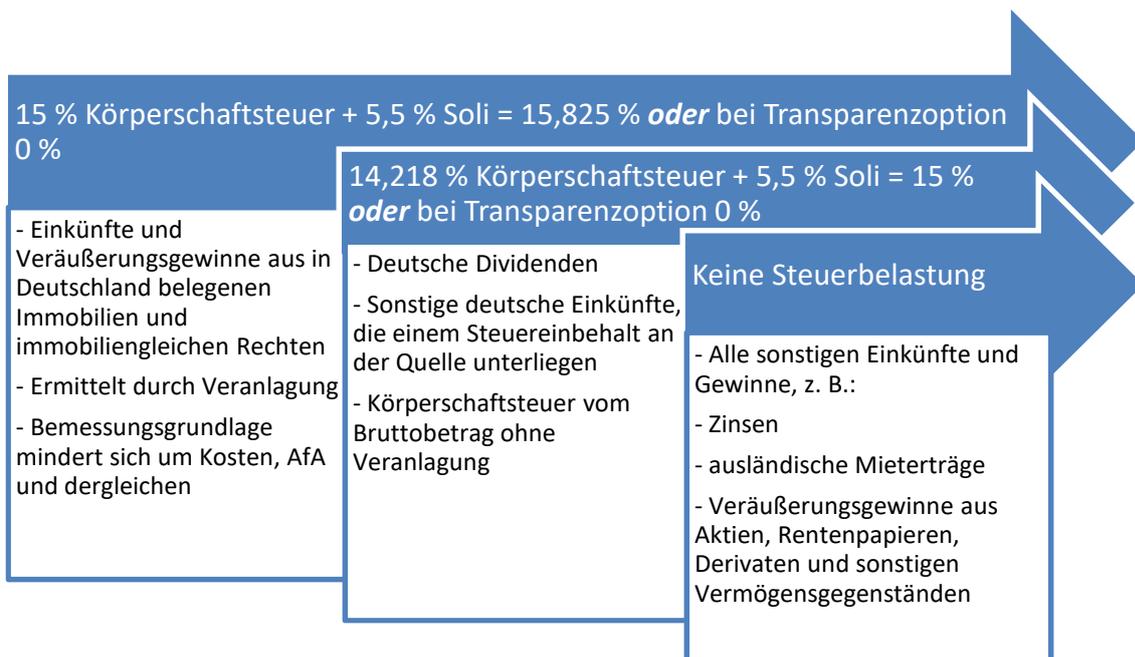
3.3 Spezial-Investmentfonds

3.3.1 Besteuerung auf Fondsebene

Genau wie bei (Publikums-)Investmentfonds sind beim Spezial-Investmentfonds die folgenden inländischen Einkünfte steuerpflichtig:

- Deutsche Dividendenerträge,
- Kompensationszahlungen für deutsche Dividendenerträge,
- bestimmte sonstige deutsche Einkünfte, die in Deutschland dem Steuereinbehalt an der Quelle unterliegen,
- wie auch Mieterträge und Veräußerungsgewinne aus deutschen Immobilien und immobilienähnlichen Rechten.

Anders als ein (Publikums-)Investmentfonds hat der Spezial-Investmentfonds jedoch eine sog. **Transparenzoption**, d. h. er kann auf die Entrichtung der Körperschaftsteuer verzichten, wenn er den Nachweis erbringt, dass die entsprechenden Erträge beim deutschen Anleger in Deutschland besteuert werden.



3.3.2 Besteuerung auf Anlegerebene

Deutsche Anleger haben gemäß § 34 InvStG folgende Erträge aus Spezial-Investmentfonds zu versteuern:

3.3.2.1 Ausgeschüttete Erträge nach § 35 InvStG

Ausgeschüttete Erträge sind die durch den Spezial-Investmentfonds nach den Grundsätzen einer steuerlich vorgegebenen Einnahmen-Überschuss-Rechnung nach §§ 37 bis 41 InvStG ermittelten Einkünfte, soweit diese Einkünfte durch den Fonds zur Ausschüttung verwendet wurden, insbesondere:

- Nettoerträge aus Kapitalanlagen, z. B. Zinsen, Dividenden,
- Veräußerungsgewinne oder -verluste aus Kapitalanlagen, z. B. Rentenveräußerungsgewinne, Termingeschäfts- und Derivategewinne, Aktienveräußerungsgewinne,
- Mieterträge,
- Gewinne aus der Veräußerung von Immobilien.

3.3.2.2 Ausschüttungsgleiche Erträge nach § 36 Abs. 1 InvStG

Ausschüttungsgleiche Erträge gelten dem Spezial-Investmentfonds-Anleger zum Fondsgeschäftsjahresende als zugeflossen und beinhalten folgende während des laufenden Geschäftsjahres durch den Spezial-Investmentfonds erzielte Einnahmen (Nettoerträge):

- Zinsen,
- Dividenden,
- Mieterträge,
- Gewinne aus der Veräußerung von Immobilien und
- der positive Saldo der noch nicht ausgeschütteten Gewinne aus der Veräußerung von Aktien/Beteiligungen, Termingeschäfts-/Derivategewinne und Gewinne aus Kapitalforderungen/Rentenpapieren der letzten 15 Jahre.

Der Spezial-Investmentfonds kann die sog. Transparenzoption wählen, d. h. er kann sich dafür entscheiden, dass eigentlich auf Fondsebene körperschaftsteuerpflichtige deutsche Einkünfte (insbesondere Dividenden von deutschen Kapitalgesellschaften oder Mieten/Gewinne aus deutschen Immobilien) beim Spezial-Investmentfonds nicht besteuert werden, sondern nur auf Anlegerebene. In diesem Falle gelten diese Einkünfte direkt dem deutschen Anleger als zugeflossen und gehören somit nicht zu den ausschüttungsgleichen Erträgen (die den Anlegern erst zum Fondsgeschäftsjahresende als zugeflossen gelten).

3.3.2.3 Gewinne aus der Veräußerung bzw. Rückgabe von Anteilen gemäß § 49 InvStG

Der Veräußerungsgewinn ist die Differenz aus dem Veräußerungserlös abzüglich der Anschaffungskosten gemindert um die während der Besitzzeit angesetzten ausschüttungsgleichen Erträge (da diese bereits versteuert, jedoch im Veräußerungserlös/Rücknahmepreis bei Veräußerung noch enthalten sind). Wie in der Vergangenheit berechnen Spezial-Investmentfonds weiterhin

- den Teil des Veräußerungsgewinns, der auf im Fonds gehaltene Aktien und Beteiligungen an Kapitalgesellschaften entfällt und daher bei den Anlegern ggf. gemäß § 8b KStG begünstigt ist (sog. **Aktien-gewinn**),
- den Teil des Veräußerungsgewinns, der auf im Fonds erzielte Gewinne oder Erträge entfällt, die nach einem Doppelbesteuerungsabkommen beim Anleger (ggf. mit Progressionsvorbehalt) steuerbefreit sind (sog. **Abkommensgewinn**), und
- ab 2018 zusätzlich den Teil des Veräußerungsgewinns, der auf im Fonds gehaltene Publikums-Zielfondsanteile entfällt, bei denen dem Anleger bei Direktinvestition eine Teilfreistellung zu teil würde (sog. **Teilfreistungsgewinn**).

Der Aktiengewinn, der Abkommensgewinn und der Teilfreistungsgewinn sind anlegerspezifisch zu ermitteln.

Ausschüttung

- **Zeitpunkt:** Steuerpflichtig im Jahr der Ausschüttung
- **Höhe:** Nach §§ 37 bis 41 InvStG ermittelte Nettoeinkünfte des Spezial-Investmentfonds, soweit diese zur Ausschüttung des Fonds an die Anleger verwendet wurden

Ausschüttungs- gleiche Erträge

- **Zeitpunkt:** Steuerpflichtig am Ende des Geschäftsjahres des Spezial-Investmentfonds
- **Höhe:** Bestimmte Nettoeinkünfte des Spezial-Investmentfonds des laufenden Jahres (Zinsen, Dividenden, Mieterträge, Veräußerungsgewinne mit Immobilien) oder der letzten 15 Jahre (realisierte Gewinne aus Kapitalforderungen/Rentenpapieren, Aktien/Beteiligungen und Termingeschäften/Derivaten) sofern nicht ausgeschüttet.
- Hat der Spezial-Investmentfonds die sog. Transparenzoption ausgeübt, so können die Einkünfte direkt den Anlegern zuzuordnen und daher nicht mehr Bestandteil der vom Fonds zu ermittelnden ausschüttungsgleichen Erträge sein.

Veräußerungs- gewinn

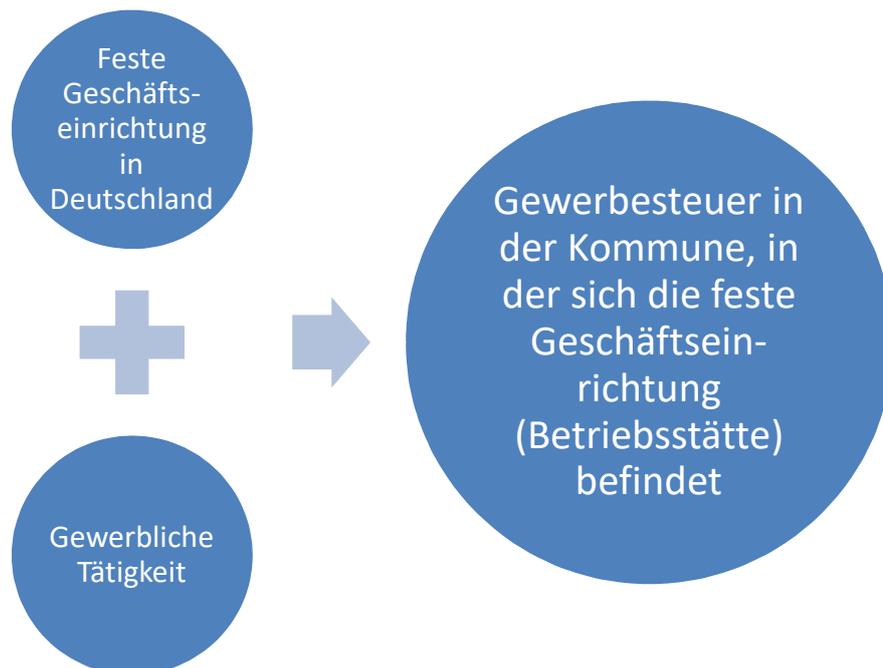
- **Zeitpunkt:** Steuerpflichtig bei Veräußerung der Fondsanteile
- **Höhe:** Veräußerungserlös – Anschaffungskosten – ausschüttungsgleiche Erträge während der Haltedauer
- Berücksichtigung des anlegerspezifischen Aktien- und Immobilien-gewinns

3.4 Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft

3.4.1 Besteuerung auf Fondsebene

Da eine Personengesellschaft nach deutschem Steuerrecht nicht als Körperschaft anzusehen ist, fällt auf der Ebene der Personengesellschaft selbst weder Einkommen- noch Körperschaftsteuer an.

Da für Gewerbesteuerzwecke der im Inland unterhaltene Gewerbebetrieb der Besteuerung unterliegt, können gewerbliche deutsche Personengesellschaften bzw. ausländische Personengesellschaften, die über eine Betriebsstätte in Deutschland verfügen, mit diesem deutschen Betrieb in der Gemeinde, in der der Betrieb ansässig ist, der Gewerbesteuer unterliegen.



3.4.2 Besteuerung auf Anlegerebene

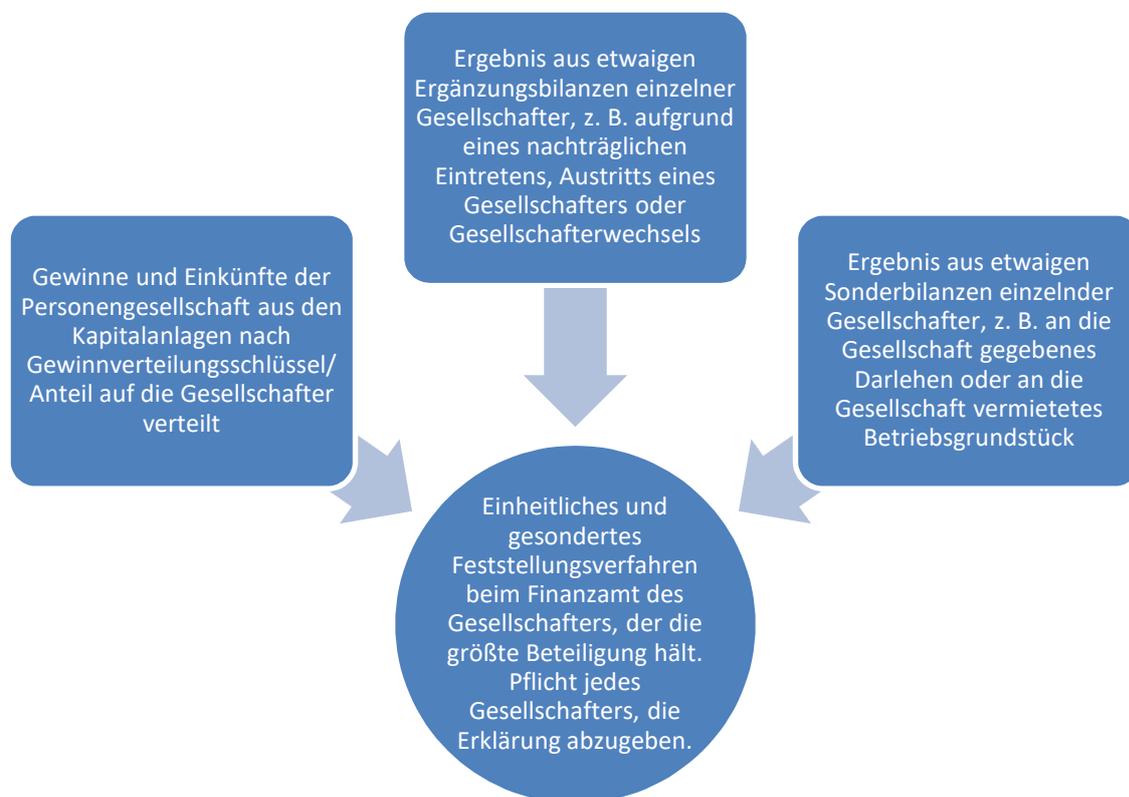
Auf der Ebene eines deutschen Anlegers ist eine Personengesellschaft für Einkommen- und Körperschaftsteuerzwecke vollständig transparent, d. h. die Einkünfte werden direkt beim deutschen Anleger (Gesellschafter der Personengesellschaft) besteuert.

Sind mehrere deutsche Anleger an der Personengesellschaft beteiligt, so werden die Einkünfte durch das Finanzamt des Anlegers, welcher den größten Anteil der Personengesellschaft innehat, einheitlich und gesondert festgestellt (§ 180 AO). Jeder deutsche Personengesellschafter ist auf Verlangen dieses Schwerpunktfinanzamts verpflichtet, eine solche einheitliche und gesonderte Feststellungserklärung mit Wirkung für alle Anleger abzugeben. In der Praxis werden die Anleger die Personengesellschaft verpflichten, diese jährliche Feststellungserklärung erstellen zu lassen und direkt beim Finanzamt einzureichen.

Die während des Geschäftsjahres durch die Personengesellschaft erzielten Einkünfte, also Erträge aus den Kapitalanlagen (z. B. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, Dividenden, Zinsen, sonstige Kapitaleinkünfte, Mieteinkünfte) wie auch die Gewinne aus der Veräußerung von Kapitalanlagen werden den Anlegern zum Geschäftsjahresende unmittelbar zugerechnet, wobei sich die Aufteilung auf die Anleger grundsätzlich nach der Quote ihrer Beteiligung am Eigenkapital der Personengesellschaft richtet. Sind die Anleger zu unterschiedlichen Zeitpunkten in die Personengesellschaft eingetreten, so haben sie in der

Regel voneinander abweichende Anschaffungskosten bei den einzelnen Anlagegegenständen. Dem wird bei dem später eintretenden Anleger Rechnung getragen, indem für ihn eine sog. Ergänzungsbilanz geführt wird, in der bei allen Anlagegegenständen eine Hinzuergänzung erfolgt, wenn er höhere Anschaffungskosten hatte, andernfalls erfolgt eine Wegergänzung. Dies ist neben dem nachträglichen Eintreten eines Anlegers in die Personengesellschaft (die ursprünglichen Anleger veräußern einen Teil ihres Anteils an der Personengesellschaft an den eintretenden Gesellschafter) auch relevant im Falle des Austritts eines Anlegers (dieser veräußert seinen Anteil an allen Anlagegegenständen der Personengesellschaft anteilig an alle verbleibenden Gesellschafter) und im Falle des entgeltlichen Gesellschafterwechsels (der austretende Gesellschafter veräußert seinen Anteil an allen Anlagegegenständen der Personengesellschaft – meist zum Marktpreis – an einen eintretenden Gesellschafter).

Darlehen, die Personengesellschafter aufnehmen, um ihren Anteil an der Gesellschaft zu finanzieren, wie auch Gegenstände, z. B. Grundstücke, die sie an die Gesellschaft vermieten, werden bei gewerblichen Personengesellschaften als sog. Sonderbetriebsvermögen in einer sog. Sonderbilanz des betreffenden Gesellschafters geführt und so der Personengesellschaft steuerlich zugeordnet.



3.5 Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen

Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen und daher nicht als Investmentfonds gelten, können bei deutschen Anlegern sehr unterschiedlich besteuert werden.

Beispielhaft seien hier diejenigen REIT (Real Estate Investment Trust)-Aktiengesellschaften und REIT-Körperschaften genannt, die die Voraussetzungen des deutschen REIT-Gesetzes erfüllen und daher nicht als Investmentfonds gelten.

Gewinnausschüttungen und Veräußerungsgewinne aus solchen REITs nach dem deutschen REIT-Gesetz stellen beim deutschen Privatanleger (Person, die die REIT-Anteile im Privatvermögen hält) mit dem 25%igen Abgeltungsteuersatz (zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag, also insgesamt 26,375 %) zu besteuernde Kapitaleinkünfte dar, wenn es sich nicht aufgrund besonderer Regelungen um gewerbliche Einkünfte handelt.

Bei Anlegern, die die REIT-Anteile im Betriebsvermögen halten, unterliegen die Ausschüttungen und Veräußerungsgewinne grundsätzlich als gewerbliche Einkünfte der Einkommensteuer (natürliche Person) oder der Körperschaftsteuer (Kapitalgesellschaften, Körperschaften). Die 40%ige Steuerbefreiung bei natürlichen Personen gemäß § 3 Nr. 40 EStG bzw. die „de facto 95%ige Steuerbefreiung bei Körperschaften/Kapitalgesellschaften“ gemäß § 8b KStG kommt nur dann zur Anwendung, wenn es innerhalb des REITs auch tatsächlich eine Vorbesteuerung mit Körperschaftsteuer gab.

4 Steuerliche Pflichten bzw. Obliegenheiten für Fonds in Deutschland

4.1 Publikums-Investmentfonds

4.1.1 Steuerliche Pflichten des Fonds

Hat der Investmentfonds in Deutschland steuerpflichtige Einkünfte, die dem Steuerabzug an der Quelle (insb. Kapitalertragsteuer) von 15 % (14,218 % Körperschaftsteuer zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag) unterliegen, wie z. B. bei deutschen Dividenden, so ist die Steuerpflicht mit dem Steuerabzug grundsätzlich abgegolten, so dass keine weiteren Steuererklärungspflichten bestehen. Kann der Publikums-Investmentfonds nach dem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen seinem Ansässigkeitsstaat und Deutschland jedoch ausnahmsweise eine Reduzierung dieses Steuersatzes erreichen, so sollte er einen entsprechenden Erstattungsantrag beim deutschen Bundeszentralamt für Steuern in Bonn einreichen.

Hat der Investmentfonds in Deutschland steuerpflichtige Einkünfte, die dem Steuersatz von 15,825 % (15 % Körperschaftsteuer zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag) unterliegen und bei denen eine jährliche steuerliche Veranlagung durchzuführen ist, so hat der Investmentfonds unter Berücksichtigung dieser Einnahmen sowie der mit ihnen in Verbindung stehenden Kosten jährlich eine Körperschaftsteuererklärung anzufertigen und beim Finanzamt, in dessen Bezirk das wesentliche Vermögen belegen ist, einzureichen.

4.1.2 Anleger-Reporting

Publikums-Investmentfonds werden empfohlen, dem zentralen deutschen Datenanbieter WM Datenservice bewertungstäglich die Fondspreise bzw. Rücknahmepreise mitzuteilen. Banken und Anleger benötigen diese Informationen, um die Vorabpauschale nach § 18 InvStG ($70 \% \times \text{Zins nach Bewertungsgesetz} \times \text{Rücknahmepreis zum Jahresbeginn} - \text{Ausschüttungen}$) und den Veräußerungsgewinn nach § 19 InvStG ($\text{Veräußerungserlös} - \text{Anschaffungskosten} - \text{während der Haltedauer bereits versteuerte Vorabpauschalen}$) zu ermitteln. Außerdem sollten Publikums-Investmentfonds die Höhe der Ausschüttungen gemäß § 2 Abs. 11 InvStG an WM Datenservice melden. Weiterhin sollten alle Publikums-Investmentfonds für Zwecke des Teilfreistellungs-systems gemäß § 20 InvStG WM Datenservice mitteilen, ob es sich bei dem Fonds um einen Aktienfonds, einen Mischfonds, einen Immobilienfonds mit deutschem Investitionsschwerpunkt, einen Immobilienfonds mit ausländischem Investitionsschwerpunkt oder um einen sonstigen Fonds (Geldmarktfonds, Rentenfonds, Alternativer Fonds etc.) handelt.

Anleger-Reporting eines Publikums-Investmentfonds über WM Datenservice

Bewertungs-
täglich:
Rücknahme-
preis

Bei
Ausschüttung:
Höhe der
Ausschüttung

Bei Fondsauf-
legung bzw.
Vertriebsbeginn:
Qualifikation des
Fonds

4.2 Spezial-Investmentfonds

4.2.1 Steuerliche Pflichten des Fonds

Ausländische Spezial-Investmentfonds können - ähnlich wie Publikums-Investmentfonds - eine Reduzierung einbehaltener deutscher Kapitalertragsteuer geltend machen, wenn sich ein solcher Anspruch aus dem Doppelbesteuerungsabkommen ergibt und sie mangels Transparenzoption mit deutscher Körperschaftsteuer in der Form der Kapitalertragsteuer belastet wurden (s. o. 4.1.1 zu Publikums-Investmentfonds). Außerdem müssen Spezial-Investmentfonds ggf. wie Publikums-Investmentfonds jährlich eine Körperschaftsteuererklärung für die nicht durch Steuereinbehalt abgegoltene Einkünfte (z. B. Mieteinkünfte aus deutschen Immobilien) abgeben, wenn der Spezial-Investmentfonds diese Besteuerung nicht durch die sog. Transparenzoption auf den Anleger verlagern kann (s. o. 4.1.1 zu Publikums-Investmentfonds).

4.2.2 Anleger-Reporting

Spezial-Investmentfonds sollten die in ihre relevanten Ertragskomponenten aufgegliederten

- Ausschüttungen und ausschüttungsgleichen Erträge,
- bestimmten besitzzeitanteiligen Erträge,
- Aktiengewinne (§§ 39, 40 und 48 InvStG),
- sog. Teilfreistellungsgewinne (§§ 40, 43 und 48 InvStG) und
- Immobilien- bzw. Abkommensgewinne (§§ 40, 43 und 48 InvStG)

zur Verfügung stellen. Außerdem haben bei Spezial-Investmentfonds die Kapitalverwaltungsgesellschaften (bzw. - wenig praktikabel - bei ausländischen Spezial-Investmentfonds der deutsche Anleger) jährlich eine einheitliche und gesonderte Feststellungserklärung abzugeben, um die Besteuerungsgrundlagen für die deutschen Anleger verbindlich festzustellen (§ 51 InvStG).

4.3 Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft

4.3.1 Steuerliche Pflichten des Fonds

Da die Personengesellschaft für Zwecke der deutschen Einkommen- und Körperschaftsteuer als transparent gilt, hat die Personengesellschaft grundsätzlich keine steuerlichen Pflichten. Lediglich für Gewerbesteuerzwecke kann es erforderlich sein, für eine sich in Deutschland befindliche Betriebsstätte eine Gewerbesteuererklärung abzugeben. Wenn ausländische Anleger über die Personengesellschaft in Deutschland beschränkt steuerpflichtige Einkünfte, z. B.

- Einkünfte aus deutscher Land- und Forstwirtschaft,
- Einkünfte aus einer deutschen Betriebsstätte und
- Dividenden und bestimmte Veräußerungsgewinne aus deutschen Kapitalgesellschaften

erzielen, so müssen diese ausländischen Anleger ggf. eine Steuererklärung in Deutschland abgeben (für nicht dem Steuerabzug unterliegende deutsche Einkünfte) oder bei dem Steuerabzug unterliegenden Einkünften ggf. eine teilweise Erstattung nach Doppelbesteuerungsabkommen beantragen.

4.3.2 Anleger-Reporting

Im Hinblick auf die steuerlichen Pflichten von Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft ist Folgendes zu unterscheiden:

1. Gibt es nur einen deutschen Anleger, so ist dieser Anleger verpflichtet, alle Erträge und Gewinne der Personengesellschaft einschließlich etwaiger Gewinne oder Erträge aus von ihm aufzustellenden Ergänzungs- und Sonderbilanzen in seiner jährlichen Einkommen- oder Körperschaftsteuererklärung zu berücksichtigen.
2. Gibt es mehrere deutsche Anleger, so müssen die Besteuerungsgrundlagen aller deutschen Anleger in einer einheitlichen und gesonderten Feststellungserklärung beim Finanzamt mit der größten Beteiligung bzw. der Personengesellschaft eingereicht werden. Das Finanzamt kann nach billigem Ermessen jeden der deutschen Anleger zur Abgabe einer solchen einheitlichen und gesonderten Feststellungserklärung nach § 180 AO auffordern.

In der Praxis erstellt die Personengesellschaft im Falle eines Anlegers eine sog. Erträgnisaufstellung für den Anleger bzw. im Falle mehrerer deutscher Anleger die jährlichen Feststellungserklärungen für das Finanzamt, da den Anlegern hierzu in der Regel die Informationen und die Sachkunde fehlen.

4.4 Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen

Da die steuerlichen Pflichten bei Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen, sehr unterschiedlich und komplex sein können, sind diese jeweils im Einzelfall sorgfältig zu analysieren und zu beachten.

5 Betriebsprüfung durch die deutsche Finanzverwaltung

5.1 Publikums-Investmentfonds

Gemäß § 5 InvStG ist die zuständige Finanzbehörde zur Überprüfung der steuerlichen Verhältnisse des Publikums-Investmentfonds und der Besteuerungsgrundlagen des Anlegers, einschließlich der Möglichkeit der Außenprüfung vor Ort, befugt. Dies umfasst insbesondere die Qualifikation als Publikums-Investmentfonds und die zutreffende Besteuerung des Publikums-Investmentfonds mit Körperschaftsteuer bei inländischen Einkünften. Zuständig ist bei deutschen Investmentfonds das **Finanzamt**, in dessen Bezirk die Kapitalverwaltungsgesellschaft geführt wird (§ 4 Abs. 1 InvStG).

Bei **ausländischen Investmentfonds** ist für inländische Einkünfte, die keinem Steuerabzug unterliegen (z. B. Einkünfte aus der Vermietung inländischer Immobilien), das Finanzamt zuständig, in dessen Bezirk sich der wertvollste Anteil des inländischen Vermögens des Investmentfonds befindet. Für die übrigen Einkünfte des ausländischen Investmentfonds und für die Frage der Qualifizierung als Investmentfonds ist das **Bundeszentralamt für Steuern** in Bonn zuständig. Eine Prüfung vor Ort ist im Ausland wegen des Territorialitätsprinzips freilich durch die deutsche Finanzverwaltung nicht möglich. In bestimmten Fällen kann jedoch die Möglichkeit einer Amtshilfe durch ausländische Behörden bestehen. Außerdem haben deutsche Steuerpflichtige bei Investitionen im Ausland gemäß § 90 Abs. 3 AO eine erhöhte Mitwirkungs- und Aufzeichnungspflicht, bei deren Verletzung neben einer Außenprüfung auch eine nachteilige Schätzung der Besteuerungsgrundlagen möglich ist.

5.2 Spezial-Investmentfonds

Bei Spezial-Investmentfonds haben die deutschen Finanzbehörden dieselben Befugnisse zur Durchführung einer Außenprüfung bzw. Überprüfung wie bei Publikums-Investmentfonds. Zusätzlich können die deutschen Finanzbehörden gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 2 InvStG die Voraussetzungen der steuerlichen Qualifikation als Spezial-Investmentfonds prüfen (s. o. 2.2 zu Spezial-Investmentfonds).

5.3 Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft

Bei Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft kann die deutsche Finanzverwaltung gemäß §§ 193 ff. AO Art, Höhe und Besteuerung der Einkünfte der Gesellschafter/Anleger der Personengesellschaft überprüfen, mit denen diese in Deutschland beschränkt steuerpflichtig sind. Hierbei handelt es sich insbesondere um Einkünfte aus einer deutschen Betriebsstätte oder um Einkünfte (und ggf. Gewinne) aus deutschen Immobilien. Bei Einkünften, die dem Steuerabzug unterliegen, z. B. Dividenden aus deutschen Kapitalgesellschaften, ist eine Überprüfung beim deutschen Abzugsverpflichteten, also etwa der letzten deutschen Zahlstelle in der Verwahrkette, die die Kapitalertragsteuer einzubehalten hat, zulässig (§ 193 Abs. 2 Nr. 1 AO).

Die von der Personengesellschaft bzw. deren Steuerberater vorbereitete Erklärung zur einheitlich und gesonderten Feststellung der Besteuerungsgrundlagen der Anleger, die im Falle mehrerer deutscher Anleger von diesen einzureichen ist, unterliegt grundsätzlich ebenfalls der steuerlichen Außenprüfung. Ist nur ein deutscher Anleger an der ausländischen Personengesellschaft beteiligt, so können die aus der Personengesellschaft resultierenden Besteuerungsgrundlagen in eine etwaige Betriebsprüfung des Anlegers mit einbezogen werden.

Eine Prüfung vor Ort ist im Ausland wegen des Territorialitätsprinzips durch die deutsche Finanzverwaltung nicht möglich. In bestimmten Fällen kann jedoch die Möglichkeit einer Amtshilfe durch ausländische Behörden

bestehen. Außerdem haben deutsche Steuerpflichtige bei Investitionen im Ausland gemäß § 90 Abs. 3 AO eine erhöhte Mitwirkungs- und Aufzeichnungspflicht, bei deren Verletzung neben einer Außenprüfung auch eine nachteilhafte Schätzung der Besteuerungsgrundlagen zulässig ist.

5.4 Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen

Die Möglichkeit einer etwaigen Betriebsprüfung ist von der konkreten Qualifikation des Fonds abhängig.

6 Zusammenfassung

Die Besteuerung von Fonds und deren deutschen Anlegern in Deutschland lässt sich wie folgt zusammenfassen:

(Publikums-) Investmentfonds

- 15 % Körperschaftsteuer für bestimmte deutsche Einkünfte auf Fondsebene
- Besteuerung von Fondsausschüttungen beim Anleger
- Jährliche Mindestbesteuerung beim Anleger (Vorabpauschale)
- Besteuerung der Veräußerungsgewinne (abzüglich bereits versteuerter Vorabpauschalen) beim Anleger
- Teilfreistellungssystem beim Anleger zur Kompensation der Vorbelastung auf Fondsebene
- Jährliche Steuererklärung bei deutschen Immobilienerträgen
- Ggf. Rückforderung von Quellensteuer nach DBA bei deutschen Dividenden
- Reporting von Rücknahmepreisen, Ausschüttungen und Fondsqualifikation an WM Datenservice
- Prüfung ggf. durch das Finanzamt des Schwerpunkts des deutschen Vermögens und das Bundeszentralamt für Steuern

Spezial- Investmentfonds

- 15 % Körperschaftsteuer für bestimmte deutsche Einkünfte auf Fondsebene (aber Transparenzoption, wenn Anlegerbesteuerung nachgewiesen)
- Besteuerung der Erträge und Gewinne des Fonds auf Anlegerebene bei Ausschüttung (Transparenzprinzip)
- Besteuerung bestimmter Erträge und länger thesaurierter Gewinne des Fonds bei Thesaurierung zum Fondsgeschäftsjahresende beim Anleger
- Jährliche Ermittlung der ausgeschütteten und ausschüttungsgleichen Erträge
- Jährliche Steuererklärung bei deutschen Immobilienerträgen
- Ggf. Rückforderung von Quellensteuer nach DBA bei deutschen Dividenden
- Prüfung ggf. durch das Finanzamt des Schwerpunkts des deutschen Vermögens und das Bundeszentralamt für Steuern

Nicht-OGAW-Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft

- Komplette Transparenz für deutsche Einkommen- und Körperschaftsteuerzwecke
- Besteuerung aller Erträge und Gewinne der Personengesellschaft beim deutschen Anleger zum Geschäftsjahresende (Personengesellschaft ist transparent)
- DBA-rechtliche Blockerwirkung einer ausländischen Betriebsstätte ggf. durch Außensteuergesetz aufgehoben
- Jährliche Abgabe der Steuererklärung für deutsche Immobilienerträge durch Gesellschafter
- Jährliche Abgabe einer einheitlichen und gesonderten Feststellungserklärung durch in Deutschland steuerpflichtige Gesellschafter, wenn mehrere Gesellschafter, sonst Erträgnisaufstellung für Gesellschafter erforderlich
- Prüfung ggf. durch das Finanzamt des Schwerpunkts des deutschen Vermögens, das Finanzamt der einheitlichen und gesonderten Feststellung oder das Anlegerfinanzamt bzw. das Bundeszentralamt für Steuern

Fonds, die besonderen Spezialgesetzen unterliegen

- Besteuerung und Überprüfbarkeit der deutschen Finanzverwaltung sehr unterschiedlich je nach Art des Vehikels, z. B. Besteuerung nach dem deutschen REIT-Gesetz für REIT-Aktiengesellschaften und deren Anleger

A Guide to Taxation of Foreign Funds in Germany from 2018

Preface

Following the publication of the German Investment Tax Reform Act (InvStRefG) of 19 July 2016 in the Federal Law Gazette on 26 July 2016, a fundamental reform of investment taxation came into force with effect from 1 January 2018. For mutual investment funds, the central elements of the new legislation are the elimination of the "transparent" taxation system through the separate taxation of investment funds and investors combined with flat-rate taxation (advance lump sum) at investor level. The existing (semi-)transparent taxation system in place until 2017 – with various modifications – will continue to apply solely to special investment funds. In addition to the German tax authorities' desire to simplify fund taxation and prevent tax arrangements, this reform was driven in particular by the risks posed by the existing legislation under EU law. The tax-exempt status of German investment funds means that domestic investment funds can receive German dividends and rental income tax-free until 2017, whereas foreign investment funds are subject to a definitive corporation tax burden of at least 15% even after any DTC reduction.

The aim of this brochure is to present the new legal situation for investment funds marketed in Germany. The brochure is taking into account the "Annual Tax Act 2018" from 11 December 2018 (published in the Federal Law Gazette I no. 45, page 2338). In particular, it takes a closer look at the qualification of different fund products, the taxation of funds and their German investors, the duties and obligations of funds, and aspects of the post-facto examination of tax bases.

Frankfurt, spring 2019

Markus Erb and Andreas Patzner

Contents

1	Introduction	37
2	Tax qualification of funds under the German Investment Tax Act (InvStG) from 2018	37
2.1	Mutual investment funds	37
2.2	Special investment funds	39
2.3	Non-UCITS funds with the legal form of a partnership	43
2.4	Funds subject to special legislation	45
2.5	Summary	45
3	Taxation of funds and investors under the German Investment Tax Act (InvStG) from 2018.....	45
3.1	General Tax Principles.....	45
3.1.1	General provisions for the taxation of German investors.....	45
3.1.2	Overview of the tax treatment of different funds for German investors	47
3.2	Mutual investment funds	48
3.2.1	Taxation at fund level	48
3.2.2	Taxation at investor level	49
3.2.2.1	Taxable transactions	49
3.2.2.2	Overview	50
3.2.2.3	System of partial exemption.....	50
3.2.2.4	Practical examples	52
3.2.2.5	Implications under EU law.....	53
3.3	Special investment funds	53
3.3.1	Taxation at fund level	53
3.3.2	Taxation at investor level	54
3.3.2.1	Distributed income in accordance with Section 35 InvStG	54
3.3.2.2	Dividend equivalents in accordance with Section 36 (1) InvStG	55
3.3.2.3	Gains on the disposal or return of units in accordance with Section 49 InvStG	55
3.4	Non-UCITS funds with the legal form of a partnership	57
3.4.1	Taxation at fund level	57
3.4.2	Taxation at investor level	57
3.5	Funds subject to special legislation	58
4	Tax duties and obligations of funds in Germany	59
4.1	Mutual investment funds	59
4.1.1	Tax duties of the fund.....	59
4.1.2	Investor reporting	59
4.2	Special investment funds	60
4.2.1	Tax duties of the fund.....	60
4.2.2	Investor reporting	60
4.3	Non-UCITS funds with the legal form of a partnership	61

4.3.1	Tax duties of the fund.....	61
4.3.2	Investor reporting	61
4.4	Funds subject to special legislation	61
5	Tax audit by the German tax authorities.....	61
5.1	Mutual investment funds	61
5.2	Special investment funds	62
5.3	Non-UCITS funds with the legal form of a partnership	62
5.4	Funds subject to special legislation	62
6	Summary.....	63
	Kontakte/Contacts.....	64
	Einlage/Insert: Investmentsteuergesetz/Investment Tax Act 2018.....	65

1 Introduction

Domestic and foreign funds may be subject to the provisions of German tax law if they have German investors or generate German income.

The most important body of regulations for fund taxation is the German Investment Tax Act (InvStG), which was extensively revised with effect from 1 January 2018 by the German Investment Tax Reform Act (InvStRefG) of 19 July 2016. The InvStRefG was published in the Federal Law Gazette on 26 July 2016.

The InvStRefG makes a distinction between four independent taxation systems:

1. **Mutual investment funds:** The basis is provided by a "non-transparent" taxation system for mutual investment funds that centres on the separate taxation of funds and investors in the same way as for other corporations. With the exception of special investment funds, non-UCITS partnerships and funds subject to special legislation, this system initially applies to all investment vehicles irrespective of their legal structure or investor base.
2. **Special investment funds:** The semi-transparent taxation procedure that applies for all investment funds until 2017 will be retained for special investment funds under certain conditions.
3. **Non-UCITS-partnerships:** Non-UCITS funds with the legal form of a partnership are subject to the general German provisions on taxation, which provide for transparent taxation at investor level.
4. **Funds subject to specific legislation,** e.g. equity investment companies, capital investment companies, REIT stock corporations and REIT corporations within the meaning of the German REIT Act.

2 Tax qualification of funds under the German Investment Tax Act (InvStG) from 2018

2.1 Mutual investment funds

In accordance with Section 6 ff. InvStG in conjunction with Section 1 InvStG, all

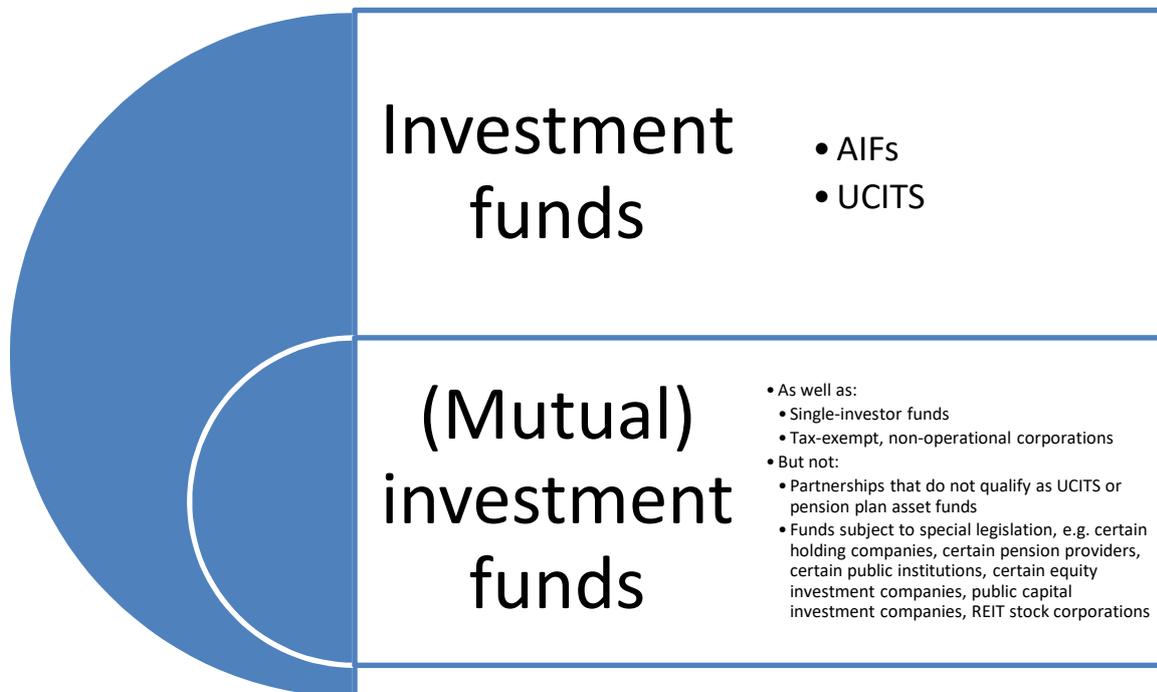
- UCITS (funds which comply with the requirements of the Directive 2009/65/EG of the European Parliament and of the Council of 13 July 2009 concerning the coordination of legal and administrative provisions regarding certain undertaking for collective investment in securities (UCITS)),
- AIFs (any collective investment undertaking, including investment compartments thereof, which raises capital from a number of investors with a view to investing it in accordance with a defined investment policy for the benefit of those investors and which does constitute a UCITS),
- single-investor funds and
- tax-exempt, non-operational corporations

are classified as mutual investment funds,

unless they are

- special investment funds,
- funds with the legal form of a partnership that do not qualify as UCITS or pension plan asset funds, or
- funds subject to special legislation.

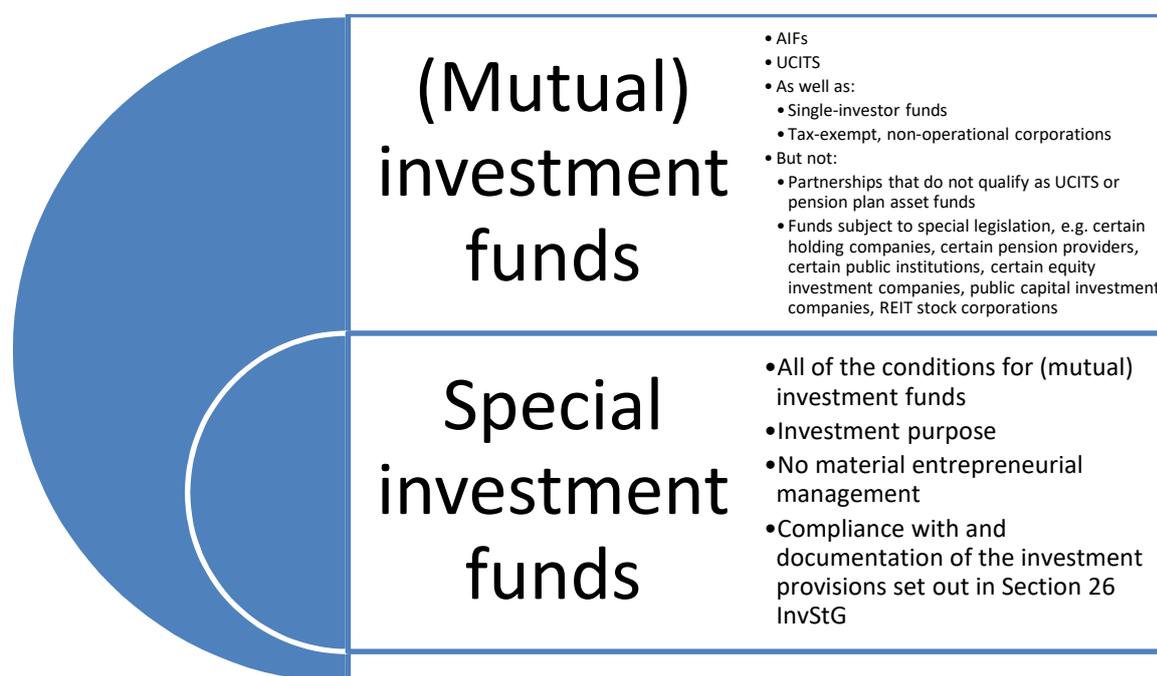
In addition to securities funds defined and regulated by the supervisory authority (UCITS) and alternative funds (AIF), this means that the definition of (mutual) investment funds is initially extended to include single-investor funds and tax-exempt, non-operational corporations and then limited to exclude funds with the legal form of a partnership that do not qualify as UCITS or pension plan asset funds and funds that are subject to special legislation:



2.2 Special investment funds

In accordance with Section 26 ff. InvStG, all UCITS, AIFs, single-investor funds and tax-exempt, non-operational corporations are classified as special investment funds unless they are non-UCITS funds with the legal form of a partnership or funds subject to special legislation and

- the purpose of the fund is limited to the investment and management of the funds for joint account of the investors,
- its assets are not entrepreneurially managed to a material extent, and
- the fund complies with certain investment provisions defined in Section 26 InvStG.



In addition to the conditions for mutual investment funds, a special investment fund must therefore satisfy the following conditions:

- Investment purpose, i.e. the purpose of the fund is limited to the investment and management of the funds for joint account of the investors.
- No material entrepreneurial management of the fund assets, i.e. the fund is not entrepreneurially active to a material extent.
- Compliance with and documentation of the investment provisions set out in Section 26 InvStG.

The **investment provisions** set out in Section 26 InvStG can be summarised as follows:

- The investment fund or its manager is subject to the **regulation** of its assets held for collective investment in its country of domicile. This condition is considered to be met for investment funds managed by AIF capital management companies.

- Investors may exercise their **right to return or redeem** their units, shares or equity interest at least once a year.
- The fund assets are invested in accordance with the principle of **risk diversification**. Risk diversification is generally considered to exist if the fund assets are invested in more than three assets with different investment risks. The principle of risk diversification is considered to be fulfilled if an investment fund holds units in one or more other investment funds to a not insignificant extent and these other investment funds are invested in accordance with the principle of risk diversification, either directly or indirectly. At least 90% of the value of the investment fund must be invested in the following **assets**:
 - a) Certain (e.g. listed) securities and other investment instruments,
 - b) Money market instruments,
 - c) Derivatives,
 - d) Bank balances,
 - e) Land, land rights and similar rights under the laws of other countries,
 - f) Investments in certain real estate companies,
 - g) Operating and certain other management facilities,
 - h) Units in domestic and foreign undertakings for collective investment in transferable securities (UCITS) and domestic and foreign investment funds fulfilling the criteria of Section 26 InvStG,
 - i) Special investment fund units,
 - j) Certain investments in PPP project companies if the market value of these investments can be determined,
 - k) Precious metals,
 - l) Unsecuritised loans and
 - m) Investments in corporations if the market value of these investments can be determined.
- A maximum of 20% of the value of the investment fund may be **invested in corporations** that are not admitted for trading on, or included in, a stock exchange or another organised market. Investment funds whose investment conditions require that they invest more than 50% of their assets in real estate or real estate companies may invest up to 100% of their value in real estate companies. Investments in companies acquired prior to 28 November 2013 may also be held subject to the 20% limit.
- The level of the direct or indirect interest in a corporation held via a **partnership** may not exceed 10% of the capital of the corporation. This does not apply for investments of an investment fund in
 - a) Real estate companies,
 - b) PPP project companies and
 - c) Companies whose purpose is the generation of renewable energies in accordance with Section 5 No. 14 of the German Renewable Energies Act.
- **Loans** may only be taken out on a short-term basis and up to an amount equivalent to 30% of the value of the investment fund. Investment funds whose investment conditions require them to invest their assets in

real estate may take out short-term loans up to an amount equivalent to 30% of the value of the investment fund as well as loans up to an amount equivalent to 50% of the market value of the properties they hold, either directly or indirectly.

- No more than **100 investors** may participate in the investment fund via partnerships, either directly or indirectly. Natural persons may only invest in an investment fund if
 - a) their special investment fund units are held in working capital,
 - b) investments by natural persons are required for regulatory reasons or
 - c) an indirect investment in a special investment fund was acquired by the natural person prior to 9 June 2016.

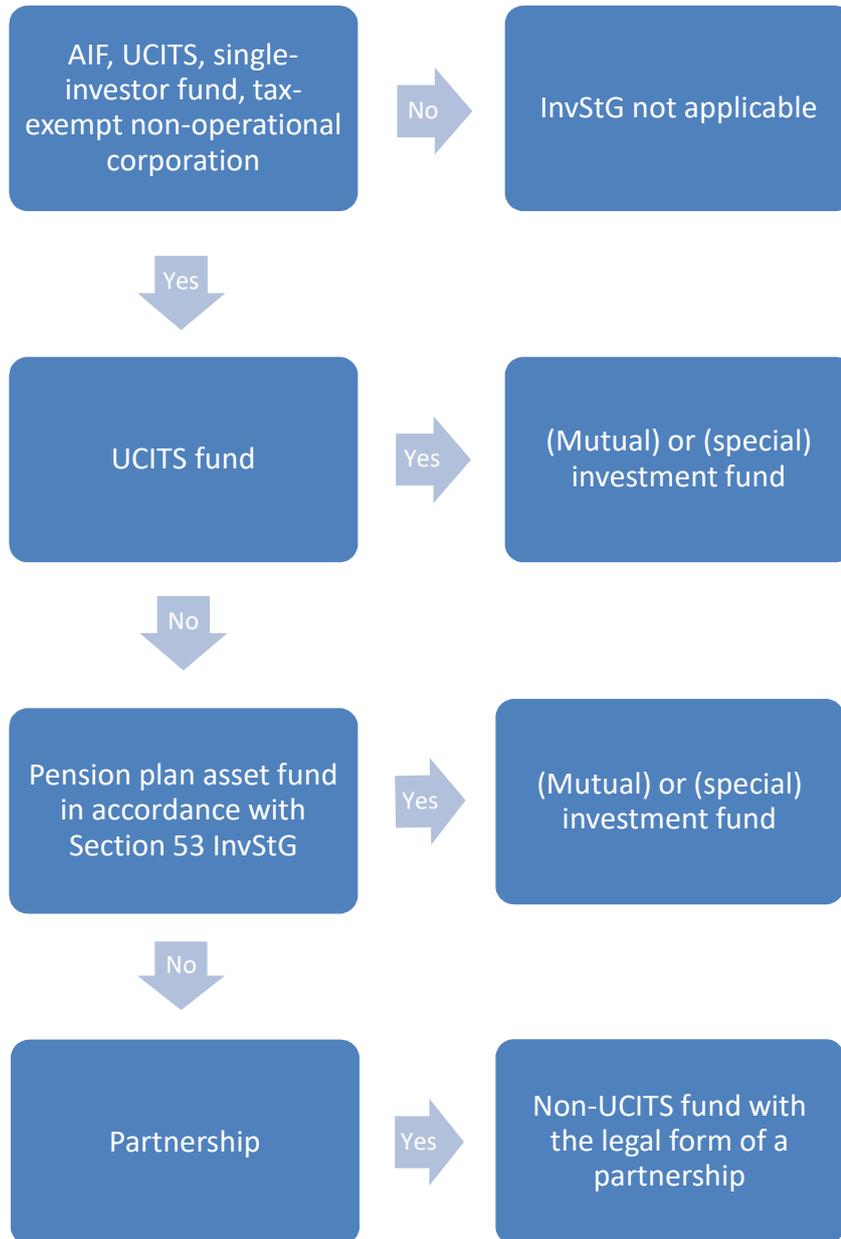
The grandfathering provision set out under Point c) applies until 1 January 2020 for investments acquired on or after 24 February 2016 and until 1 January 2030 for investments acquired prior to 24 February 2016. The grandfathering provision set out in Point c) also applies to the universal successors of natural persons.

- The special investment fund has a **special right of termination** if the permitted number of investors is exceeded or the investors include persons not fulfilling the criteria of the before mentioned Points a) to c).
- The investment provisions are derived from the investment conditions.

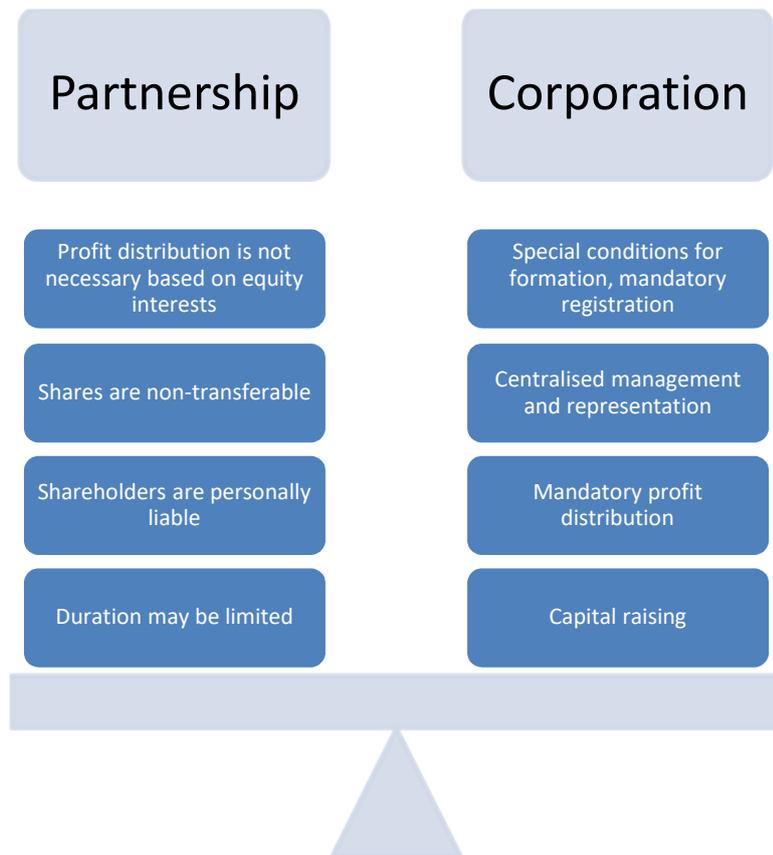
2.3 Non-UCITS funds with the legal form of a partnership

In accordance with Section 1 (3) No. 2 InvStG, partnerships are not considered to be investment funds unless they are UCITS funds or pension plan asset funds in accordance with Section 53 InvStG.

Qualification as a non-UCITS fund with the legal form of a partnership can be illustrated as follows:



As German investors in a partnership are subject to special provisions on taxation, qualification as a partnership is of particular importance. In Germany, partnerships include companies constituted under civil law (Gesellschaft bürgerlichen Rechts, GbR), general partnerships (offene Handelsgesellschaft, oHG) and limited partnerships (Kommanditgesellschaft, KG) in particular. A foreign fund vehicle is considered to be a partnership if it corresponds to the ideal of a German partnership based on a comparison of the respective legal forms. For the purposes of this comparison, the tax authorities have developed the criteria described below. The more criteria of the ideal of a partnership and the fewer criteria of a corporation it fulfils, the more likely a foreign company is to be considered as a partnership:



As decisions based on a catalogue of comparative criteria often involve substantial judgements and normative questions that may pose a barrier to legal certainty in individual cases, the German tax authorities issued a circular by the Federal Ministry of Finance on the application of double taxation conventions to partnerships on 26 September 2014 in which it analysed various foreign vehicles to determine whether they constitute partnerships from its perspective. For example, limited partnerships (e.g. in the USA, the UK, the Cayman Islands, Australia), CVs (in the Netherlands) and SCSs (in Luxembourg) are typically considered to be partnerships.

2.4 Funds subject to special legislation

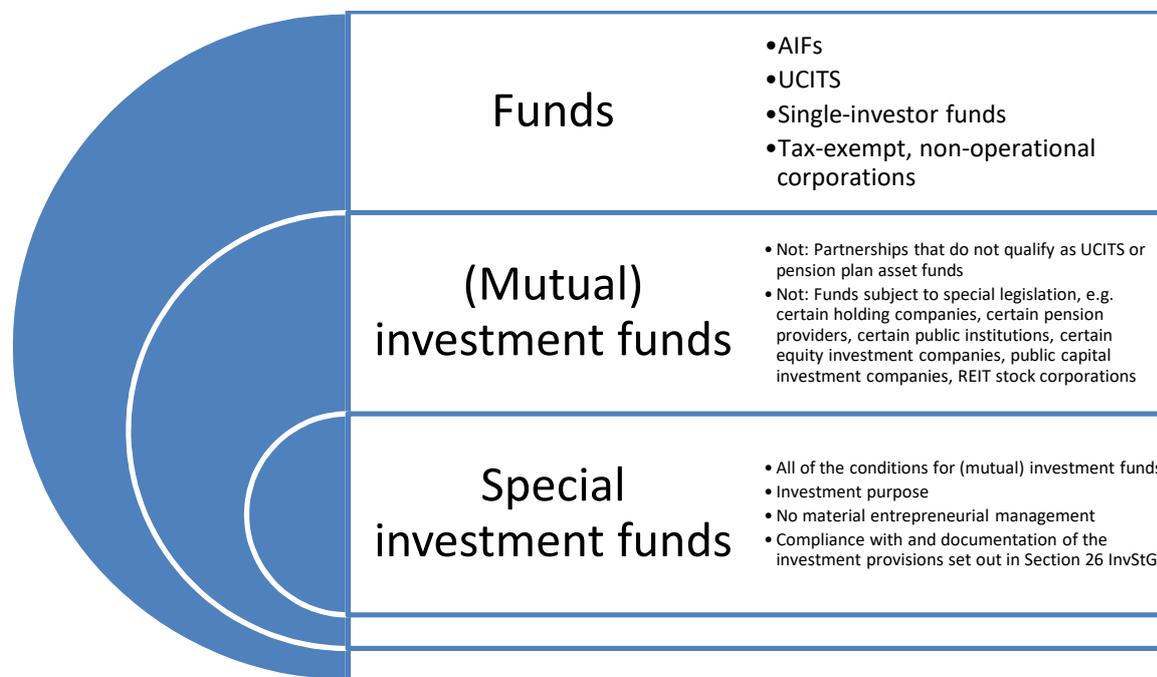
Certain funds that are subject to special legislation, e.g.

- certain holding companies,
- certain pension providers,
- certain public institutions,
- certain equity investment companies,
- certain public capital investment companies and
- REIT stock corporations,

are covered not by the provisions of the InvStG, but rather by special legislation or the general provisions of the German Income Tax Act (EStG) or the German Corporation Tax Act (KStG).

2.5 Summary

The tax qualification of funds under the InvStG can therefore be summarised as follows:



3 Taxation of funds and investors under the German Investment Tax Act (InvStG) from 2018

3.1 General Tax Principles

3.1.1 General provisions for the taxation of German investors

As a special type of income from capital assets within the meaning of Section 20 (1) No. 3 EStG, income from mutual investment funds is subject to withholding tax of 25% plus solidarity surcharge of 5.5% for German fund investors, resulting in a total tax rate of 26.375%, unless the income is from an investment fund held in

working capital (natural persons holding fund units as private assets). Capital income is tax-exempt up to the flat-rate savers' allowance of EUR 801 (or EUR 1,602 for married couples or life partnerships filing jointly). If the so-called assessment option is exercised, persons with low total income may be subject to a lower tax rate or may even be tax-exempt. Income from other funds (e.g. partnerships) may also constitute capital income (including in part) as well as other income (e.g. rental and lease income, income from business enterprises or other income), in which case it is subject to the general progressive income tax rate based on the level of total income.

If a natural person whose domicile or habitual residence is in Germany holds fund units in working capital, the progressive income tax rate based on the level of total income is applied (from 0% if the total income is lower than the basic personal allowance to over 45% for high levels of total annual income). Income from investment shares may also be subject to trade tax.

For German corporations, income from investment funds is generally subject to corporation tax at a rate of 15% plus solidarity surcharge of 5.5%, resulting in a total tax rate of 15.825%.

Natural persons whose domicile or habitual residence is in Germany and who do not hold fund units in their business enterprises

- Income from capital assets (e.g. income and profits from investment funds in accordance with Section 20 (1) No. 3 EStG): Withholding tax of 25% plus solidarity surcharge of 5.5% = 26.375%
- Other funds not giving rise to capital income: Individual tax rate of up to 45% or over depending on total annual income

Natural persons whose domicile or habitual residence is in Germany and who hold fund units in their business enterprises

- Individual tax rate of up to 45% or over depending on total annual income
- Trade tax as applicable

Corporations whose domicile or management is in Germany

- Corporation tax of 15% plus solidarity surcharge of 5.5% = 15.825%
- Trade tax in principle

3.1.2 Overview of the tax treatment of different funds for German investors

For the taxation of funds and their investors, the above qualification in accordance with the InvStG into

- mutual investment funds,
- special investment funds,
- non-UCITS funds with the legal form of a partnership and
- funds subject to special legislation

is particularly important as there are considerable differences in the tax treatment for these categories:

(Mutual) investment funds	<ul style="list-style-type: none">• 15% corporation tax for certain German income at fund level• Fund distributions taxed at investor level• Minimum annual taxation at investor level (advance lump sum)• Gains on disposal taxed at investor level (less advance lump sums already taxed)• System of partial exemption at investor level to compensate for pre-taxation at fund level
Special investment funds	<ul style="list-style-type: none">• 15% corporation tax for certain German income at fund level (but transparency option if investor taxation documented)• Fund income and profits taxed at investor level on distribution (transparency principle)• Certain fund income and profits reinvested over a longer period taxed at investor level on reinvestment at the end of the fund's financial year
Non-UCITS funds with the legal form of a partnership	<ul style="list-style-type: none">• Complete transparency for German income and corporation tax purposes• All income and profits of the partnership taxed at the level of the German investor at the end of the financial year (partnership is transparent)• Blocking effect of a foreign permanent establishment under DTC law may be reversed by the German International Transactions Tax Act
Funds subject to special legislation	<ul style="list-style-type: none">• Taxation varies considerably depending on the type of vehicle, e.g. REIT stock corporations and their investors are taxed in accordance with the German REIT Act

3.2 Mutual investment funds

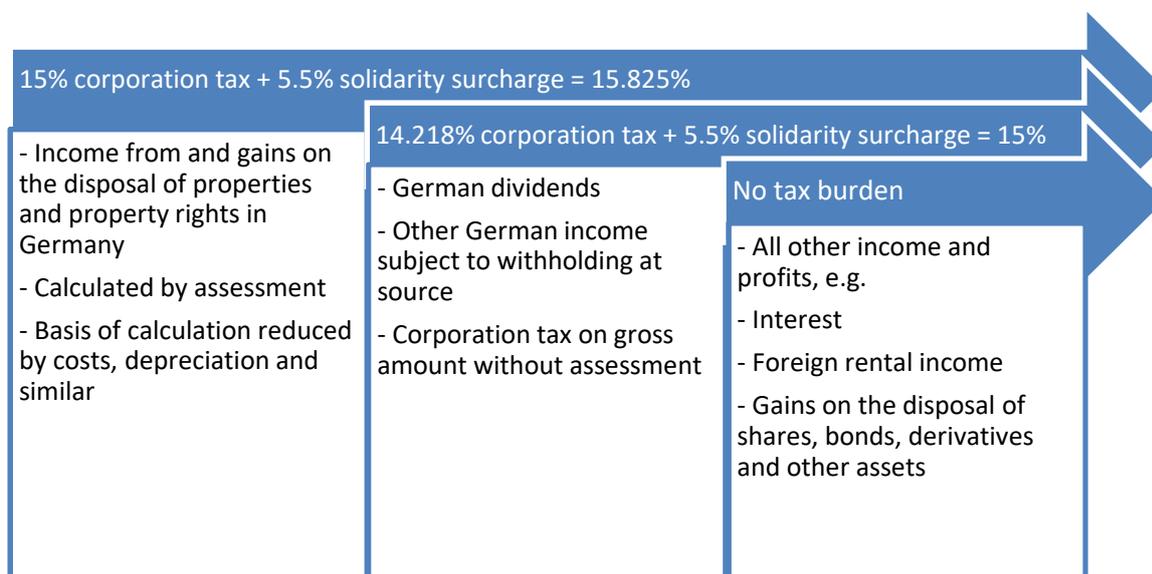
3.2.1 Taxation at fund level

From 1 January 2018, certain German income of both German and foreign funds will be subject to corporation tax in accordance with Section 6 InvStG, namely

- dividends from German corporations,
- certain compensation payments for such German dividends,
- rental and lease income from German properties (land, buildings, residential property and land rights),
- gains on the disposal of German properties and
- certain other income from German sources.

For German dividends and any other income subject to withholding at source, the corporation tax liability is settled when the tax is withheld. Including the solidarity surcharge of 5.5% of the corporation tax, the corporation tax and withholding tax amount to 15% exactly (corporation tax of 14.218% plus solidarity surcharge of 0.782%).

Rental income and gains on the disposal of German properties are generally assessed for income tax purposes, meaning that any costs in connection with the property can be deducted, for example. In this case, the corporation tax rate is 15% plus solidarity surcharge of 5.5% = 15.825%.



3.2.2 Taxation at investor level

3.2.2.1 Taxable transactions

In accordance with Section 16 InvStG, the following income from (mutual) investment funds is taxable for German investors:

- **Distributions** from the investment fund in accordance with Section 2 (11) InvStG

The investor has taxable income in the amount distributed to the investor from the investment fund in the assessment period (year) in which the distribution is paid to or reported by the investor.

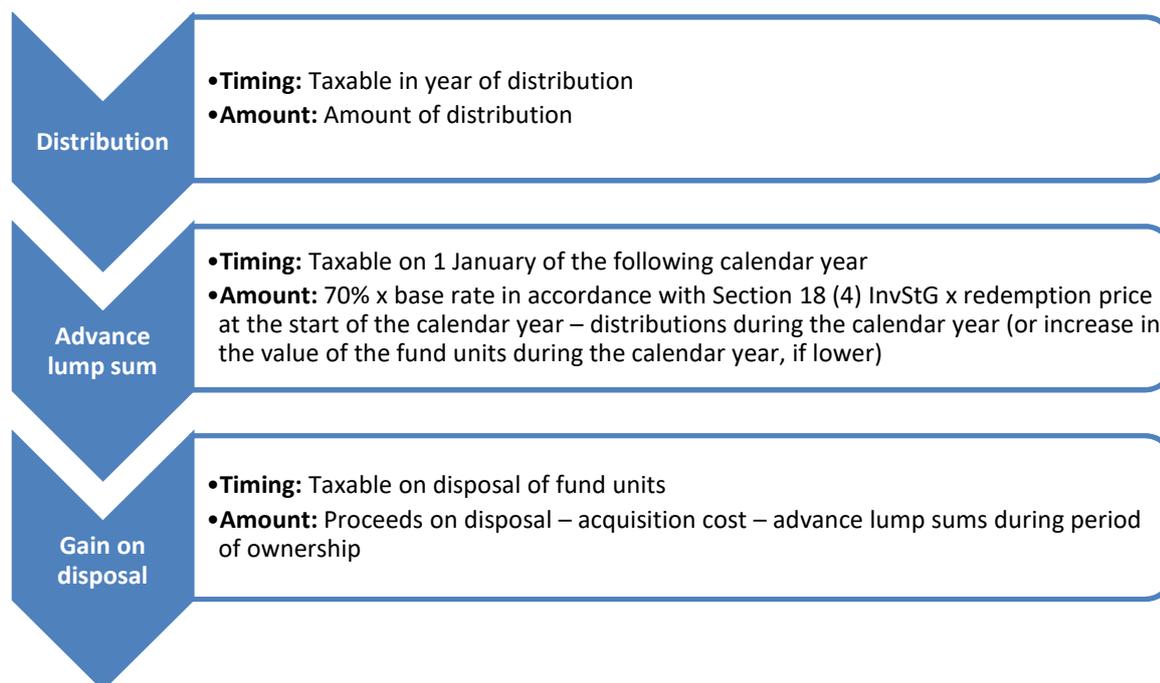
- **Advance lump sums** in accordance with Section 18 InvStG

In the case of investment funds that reinvest (rather than distributing) or that distribute less than the minimum annual taxable basic income of the investor, the investor is taxed at least in the amount of the advance lump sum. The advance lump sum is the amount by which the dividends of an investment fund within a calendar year fall below the basic income for that calendar year. **Basic income** is calculated by multiplying the redemption price for the investment share at the start of the calendar year by 70% of the base rate in accordance with Section 18 (4) of the InvStG. Basic income is limited to the excess of the last redemption price for the calendar year over the first redemption price for the calendar year plus the distributions during the calendar year. In the year in which the investment shares are acquired during the year, the advance lump sum is reduced by one-twelfth for each full month preceding the month of acquisition. The advance lump sum is deemed to have accrued on the first working day of the following calendar year.

- **Gains on the disposal** of (mutual) investment fund units in accordance with Section 19 InvStG

The gain on disposal is the difference between the proceeds on disposal and the acquisition cost less advance lump sums declared during the period of ownership (as these have already been taxed but are still included in the proceeds/redemption price on disposal).

3.2.2.2 Overview



3.2.2.3 System of partial exemption

In accordance with Section 20 InvStG, distributions, advance lump sums and gains on disposal in connection with fund units are tax-exempt to a certain extent depending on the fund category and investor type (**partial exemption**).

For private investors and life and health insurance companies invested in equity funds and banks holding fund units in their trading book, 30% of the income is tax-exempt (**partial exemption for equity funds**). For natural persons holding investment shares in their working capital, the partial exemption for equity funds amounts to 60%. For investors subject to the KStG, the partial exemption for equity funds amounts to 80%.

Half of the partial exemption for equity funds is applied in the case of mixed funds (**mixed fund exemption**).

60% of the income from real estate funds is tax-exempt if the investment conditions state that more than 50% of the total assets of the investment fund is permanently invested in real estate or real estate companies; this increases to 80% of the income if the investment conditions state that more than 50% of the total assets of the investment fund is permanently invested in foreign real estate and foreign real estate companies. Foreign real estate companies are real estate companies that invest solely in foreign real estate (**partial exemption for real estate funds**).

The system of partial exemption can be illustrated as follows:

Investor	Equity fund (more than 50% equities)	Mixed fund (at least 25% equities)	Real estate fund with focus on German real estate	Real estate fund with focus on foreign real estate	Bond fund, money market fund, mixed fund with < 25% equities, alternative investment fund, derivative fund, ETF with or without synthetic replication
Private investor	30%	15%	60%	80%	0%
Life or health insurance company	30%	15%			
Bank (in trading book)	30%	15%			
Natural person (in working capital)	60%	30%			
Corporation	80%	40%			

3.2.2.4 Practical examples

Examples:

An investment fund qualifies as a bond fund. The redemption price at 1 January 2018 is EUR 1,000 per unit and the interest rate in accordance with Section 18 (4) InvStG is 14.2857%, so the base rate comes to 10%. A German investor acquires a unit in the investment fund for EUR 1,100 on 1 October 2018. On 31 December 2018 and 1 January 2019, the redemption price per unit is EUR 1,200. The fund did not make any distributions in 2018. On 31 March 2019, the fund distributes EUR 50 per unit. The German investor sells his unit for EUR 1,300 on 2 January 2020.

02.01.2019:	Taxable advance lump sum: $3/12 \times 10\% \times 1,000 =$	EUR 25.00
31.03.2019:	Taxable distribution:	EUR 50.00
02.01.2020:	Taxable advance lump sum: $10\% \times 1,200 - 50 =$	EUR 70.00
02.01.2020:	Taxable gain on disposal: $1,300 - 1,100 - 25 - 70 =$	EUR 105.00

Variation: The fund is an equity fund (more than 50% equities):

Private investors, life or health insurance companies, banks with fund units in their trading books:

02.01.2019:	Taxable advance lump sum: $3/12 \times 10\% \times 1,000 \times 70\% =$	EUR 17.50
31.03.2019:	Taxable distribution: $EUR 50 \times 70\% =$	EUR 35.00
02.01.2020:	Taxable advance lump sum: $(10\% \times 1,200 - 50) \times 70\% =$	EUR 49.00
02.01.2020:	Taxable gain on disposal: $(1,300 - 1,100 - 25 - 70) \times 70\% =$	EUR 73.50

The investor is a natural person holding the fund unit in their working capital:

02.01.2019:	Taxable advance lump sum: $3/12 \times 10\% \times 1,000 \times 40\% =$	EUR 10.00
31.03.2019:	Taxable distribution: $EUR 50 \times 40\% =$	EUR 20.00
02.01.2020:	Taxable advance lump sum: $(10\% \times 1,200 - 50) \times 40\% =$	EUR 28.00
02.01.2020:	Taxable gain on disposal: $(1,300 - 1,100 - 25 - 70) \times 40\% =$	EUR 42.00

The investor is another type of corporation:

02.01.2019:	Taxable advance lump sum: $3/12 \times 10\% \times 1,000 \times 20\% =$	EUR 5.00
31.03.2019:	Taxable distribution: $EUR 50 \times 20\% =$	EUR 10.00
02.01.2020:	Taxable advance lump sum: $(10\% \times 1,200 - 50) \times 20\% =$	EUR 14.00
02.01.2020:	Taxable gain on disposal: $(1,300 - 1,100 - 25 - 70) \times 20\% =$	EUR 21.00

Variation: The fund is a real estate fund with a focus on foreign real estate (more than 50% foreign real estate):

02.01.2019:	Taxable advance lump sum: $3/12 \times 10\% \times 1,000 \times 20\% =$	EUR 5.00
31.03.2019:	Taxable distribution: $EUR 50 \times 20\% =$	EUR 10.00
02.01.2020:	Taxable advance lump sum: $(10\% \times 1,200 - 50) \times 20\% =$	EUR 14.00
02.01.2020:	Taxable gain on disposal: $(1,300 - 1,100 - 25 - 70) \times 20\% =$	EUR 21.00

3.2.2.5 Implications under EU law

The literature contains suggestions that the InvStG in the version applicable until 2017 could be problematic under EU law insofar as foreign investment funds whose income from German sources is subject to limited tax liability are placed in a worse position (15% final dividend withholding tax after DTT reduction if applicable) than German investment funds (dividend without withholding tax). Due to similar considerations made by the European Court of Justice (ECJ) in the cases *Aberdeen*, *FIM Santander*, *Emerging Markets* and *Fidelity Investments*, where ECJ held, that similar investment fund taxation rules of Finland, France, Poland and Denmark were not in line with the freedom of establishment/freedom of capital movement, the German lawmaker is afraid of the fact, that above mentioned dividend withholding tax levied on dividend distributions to non-German investment funds may also infringe EU law. Two pending cases before the Hessian Tax Court (case number 4 K 2079/16 and 4 K 999/17) could clarify the raised question whether the German Investment Tax Act in force prior 2018 infringes EU law. To avoid future risks for the German revenue the German legislator introduced with effect of January under the new InvStG from 2018 onwards a 15% corporation tax for German resident investment funds and is grant resident investment funds the same treatment as non-resident funds.

Since the German legislator granted simultaneously resident investment funds' investors a partial tax exemption on dividends distributed by investment funds the corporate tax burden was compensated by a corresponding tax exemption on German resident investors' level. According to the current pending ECJ case 571/17 *Austria/Germany* the compensation of an infrastructure charge ("German car toll") by means of tax relief for owners of cars registered in Germany seems to qualify as an infringement of European law. Also the InvStG in the version applicable from 2018 onwards could be problematic under EU law by the same reasons insofar as the introduction of corporation tax for domestic and foreign investment funds required under EU law would result in relief solely for German investors due to the system of partial exemption. To avoid missing the opportunity for a corporation tax refund we recommend investment funds with non-resident investors filing so called "car toll claims" from 2018 onwards to get an equivalent refund of the partial tax exemption German resident investors enjoy.

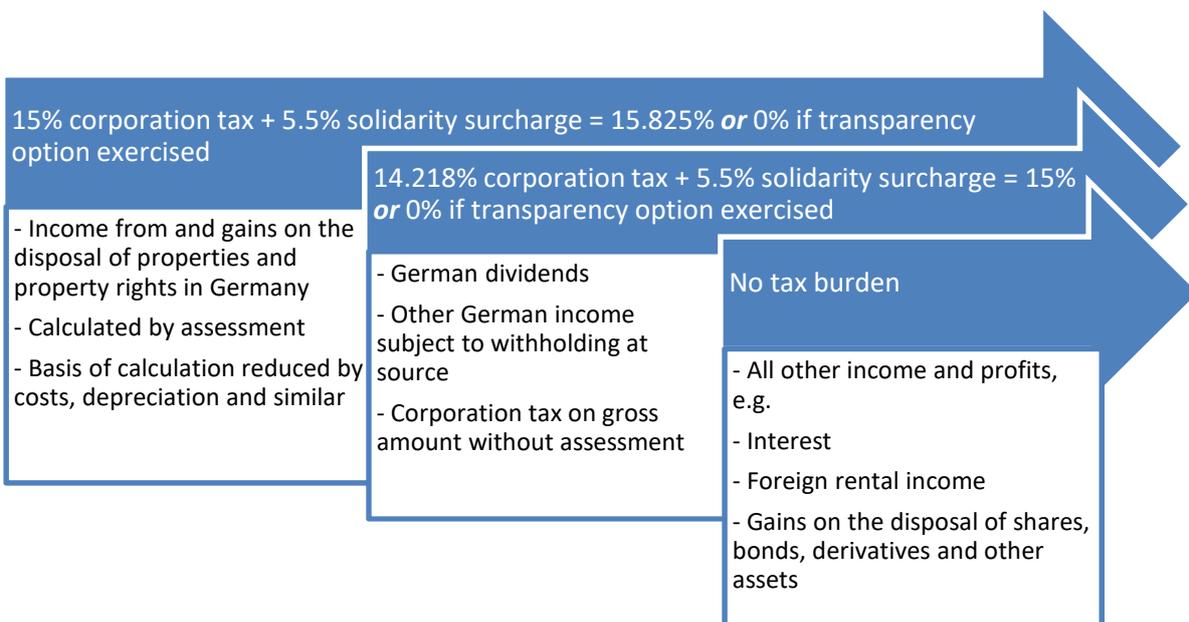
3.3 Special investment funds

3.3.1 Taxation at fund level

In the same case as for (mutual) investment funds, the following domestic income is taxable for special investment funds:

- German dividend income,
- compensation payments for German dividend income,
- certain other German income subject to withholding at source in Germany, and
- rental income from and gains on the disposal of German properties and property rights.

Unlike a (mutual) investment fund, however, the special investment fund has a so-called **transparency option**, i.e. it may refrain from paying corporation tax if it can demonstrate that the corresponding income is taxed at the level of the German investor in Germany.



3.3.2 Taxation at investor level

In accordance with Section 34 InvStG, the following income from special investment funds is taxable for German investors:

3.3.2.1 Distributed income in accordance with Section 35 InvStG

Distributed income comprises the income calculated by the special investment fund in line with the principles of cash-based accounting for tax purposes in accordance with Sections 37 to 41 InvStG where this income is used by the fund for distributions, and in particular:

- net income from investments, e.g. interest, dividends,
- gains or losses on the disposal of investments, e.g. gains on the disposal of bonds, gains on forward transactions and derivatives, gains on the disposal of equities,
- rental income,
- gains on the disposal of real estate.

3.3.2.2 Dividend equivalents in accordance with Section 36 (1) InvStG

Dividend equivalents are considered to be accrued by the special investment fund investor at the end of the fund's financial year and comprise the following income generated by the special investment fund during the respective financial year (net income):

- interest,
- dividends,
- rental income,
- gains on the disposal of real estate and
- the positive balance of undistributed gains on the disposal of equities/equity interests, gains on forward transactions/derivatives and capital claims/bonds for the last 15 years.

The special investment fund may exercise the so-called transparency option, i.e. it may decide that German income that would ordinarily be taxable at fund level (particularly dividends from German corporations and rental income from/gains on the disposal of German real estate) should not be taxable at the level of the special investment fund, but instead solely at investor level. In this case, this income is considered to be accrued directly to the German investor and hence does not form part of the dividend equivalents (which are only considered to be accrued to the investor at the end of the fund's financial year).

3.3.2.3 Gains on the disposal or return of units in accordance with Section 49 InvStG

The gain on disposal is the difference between the proceeds on disposal and the acquisition cost less dividend equivalents declared during the period of ownership (as these have already been taxed but are still included in the proceeds/redemption price on disposal). As in the past, special investment funds will continue to calculate

- the portion of the gain on disposal that is attributable to the equities and equity interests in corporations held by the fund and that therefore may be subject to preferential tax treatment at the level of the investor in accordance with Section 8b KStG (**equity gains**),
- the portion of the gain on disposal that is attributable to gains or income generated by the fund that are tax-exempt at the level of the investor (subject to progression as applicable) under the terms of a double taxation convention (**DTC gains**) and
- additionally from 2018, the portion of the gain on disposal that is attributable to mutual target fund units held by the fund for which the investor would be subject to partial exemption in the case of a direct investment (**partial exemption gains**).

Equity gains, DTC gains and partial exemption gains must be calculated individually for the respective investor.

Distribution

- **Timing:** Taxable in year of distribution
- **Amount:** Net income of the special investment fund calculated in accordance with Sections 37 to 41 InvStG where used by the fund for distributions to investors

Dividend equivalents

- **Timing:** Taxable at the end of the special investment fund's financial year
- **Amount:** Certain net income of the special investment fund for the current year (interest, dividends, rental income, gains on the disposal of real estate) or the last 15 years (realised gains on capital claims/bonds, equities/equity interests and forward transactions/derivatives) if undistributed.
- If the special investment fund has exercised the transparency option, the income can be allocated directly to the investors and hence no longer forms part of the dividend equivalents calculated by the fund.

Gain on disposal

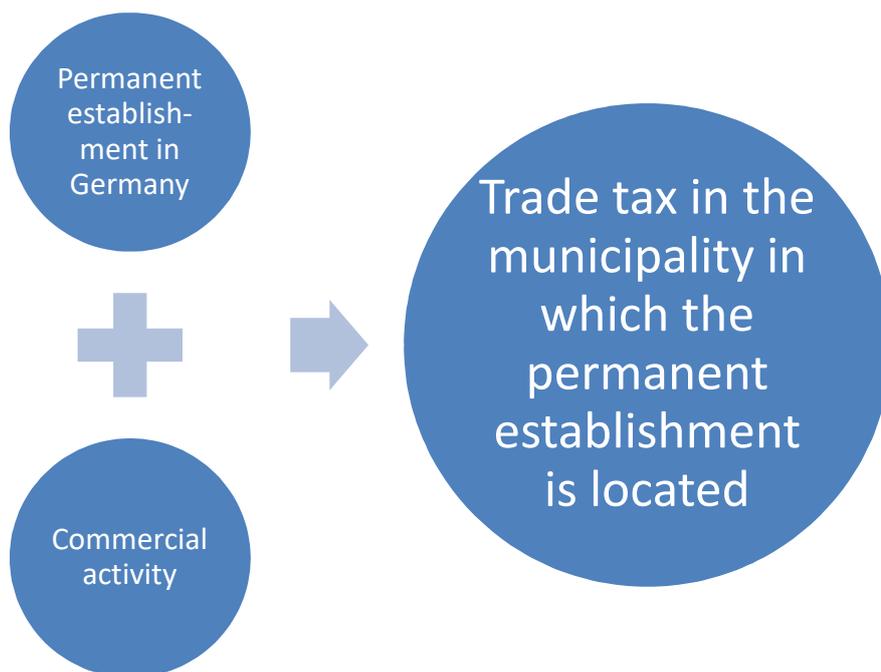
- **Timing:** Taxable on disposal of fund units
- **Amount:** Proceeds on disposal – acquisition cost – dividend equivalents during period of ownership
- Taking into account investor-specific equity gains and real estate gains

3.4 Non-UCITS funds with the legal form of a partnership

3.4.1 Taxation at fund level

As a partnership is not considered to be a corporation for the purposes of German tax law, no income tax or corporation tax is incurred at the level of the partnership itself.

As domestic business enterprises are taxable for trade tax purposes, German commercial partnerships or foreign partnerships with a permanent establishment in Germany may be subject to trade tax for this establishment in the municipality in which the establishment is located.



3.4.2 Taxation at investor level

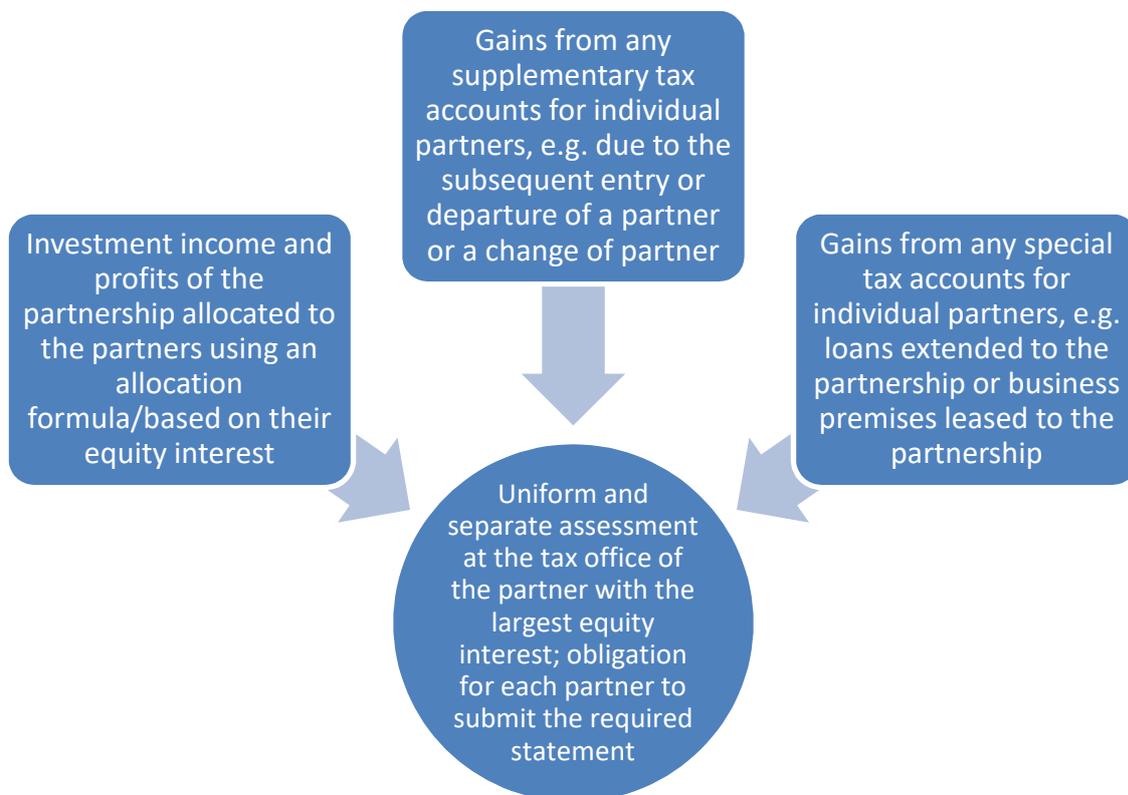
In terms of German investors, partnerships are fully transparent for income tax and corporation tax purposes, i.e. income is taxed directly at the level of the German investors (partners in the partnership).

If multiple German investors are partners in the partnership, the income is assessed uniformly and separately by the tax office of the investor with the largest equity interest in the partnership (Section 180 of the German Fiscal Code (AO)). At the request of this primary tax office, each German partner in the partnership may be obliged to submit a uniform and separate statement illustrating the determination of the bases for tax assessment effective for all of the investors. In practice, the investors will oblige the partnership to prepare this annual statement and submit it directly to the tax office.

The income generated by the partnership during the financial year, i.e. investment income (e.g. income from agriculture and forestry, income from business enterprises, dividends, interest, other capital income, rental income) and gains on the disposal of investments, is allocated directly to the investors at the end of the financial year in proportion to their respective interest in the equity of the partnership. If the investors invested in the partnership at different times, they will generally have different costs for the individual fixed assets of the partnership. In the case of investors who invest in a partnership at a later date, this is reflected in the preparation of an "Ergaenzungsbilanz" (supplementary tax accounts for individual partners) containing positive/negative corrections for fixed assets for which the investor had higher/lower costs. In addition to

cases in which an investor invests in a partnership at a later date (where the original investors sell a share of their interest in the partnership to the new partner), this is also relevant for cases in which an investor withdraws from a partnership (where the investor sells its proportionate interest in all of the fixed assets of the partnership to all the other existing partners) and cases in which a change of partner takes place in return for payment (where a partner sells its interest in all of the fixed assets of the partnership to a new partner, typically at market value).

In the case of commercial partnerships, loans taken out by partners in order to finance their equity interest in the partnership and assets, e.g. business premises, that are leased to the partnership are treated as special business assets and included in a "Sonderbilanz" (special tax accounts for individual partners) for the respective partner, thereby ensuring that they are assigned to the partnership for tax purposes.



3.5 Funds subject to special legislation

For German investors, there may be significant variations in the tax treatment of funds that are not classified as investment funds on account of being subject to special legislation.

Examples include REIT (Real Estate Investment Trust) stock corporations and REIT corporations that are not classified as investment funds on account of meeting the criteria of the German REIT Act.

Profit distributions and gains on the disposal of such REITs in accordance with the German REIT Act constitute taxable capital income for German private investors (persons holding REIT shares in their private assets) that is subject to withholding tax of 25% (plus solidarity surcharge of 5.5%, resulting in a total tax rate of 26.375%) unless they constitute commercial income in accordance with specific provisions.

For investors holding REIT shares in their working capital, distributions and gains on disposals are generally subject to income tax (natural persons) or corporation tax (corporations) as commercial income. The 40% tax exemption for natural persons in accordance with Section 3 No. 40 EStG and the "de facto 95% tax exemption for corporations" in accordance with Section 8b KStG only apply if corporation tax was actually deducted within the REITs.

4 Tax duties and obligations of funds in Germany

4.1 Mutual investment funds

4.1.1 Tax duties of the fund

If the investment fund has taxable income in Germany that is subject to withholding at source (especially withholding tax) at a rate of 15% (corporation tax of 14.218% plus solidarity surcharge of 5.5%), as is the case e.g. for German dividends, the tax liability is generally settled when the tax is deducted, meaning that there is no further obligation to submit a tax return. In exceptional circumstances, however, the mutual investment fund may be able to reduce this tax rate under the terms of a double taxation convention between its country of residence and Germany; in this case, it must submit a corresponding claim for reimbursement to the German Federal Central Tax Office in Bonn.

If the investment fund has taxable income in Germany that is subject to a rate of 15.825% (corporation tax of 15% plus solidarity surcharge of 5.5%) and for which an annual tax assessment is required to be conducted, the investment fund must prepare an annual corporation tax return including this income and the associated costs and submit it to the tax office in whose territory the fund's assets are substantially located.

4.1.2 Investor reporting

Mutual investment funds are recommended to communicate fund prices/redemption prices to the central German data provider WM Datenservice on each valuation date. Banks and investors require this information to calculate the advance lump sum in accordance with Section 18 InvStG (70% x interest rate in accordance with BewG x redemption price at start of year – distributions) and the gain on disposal in accordance with Section 19 InvStG (proceeds on disposal – acquisition cost – advance lump sums already taxed during period of ownership). Mutual investment funds are also required to inform WM Datenservice of the amount of their distributions in accordance with Section 2 (11) InvStG. For the purposes of the system of partial exemption in accordance with Section 20 InvStG, all mutual investment funds are additionally required to inform WM Datenservice as to whether the fund is an equity fund, a mixed fund, a real estate fund with an investment focus on Germany, a real estate fund with a foreign investment focus, or another type of fund (money market fund, bond fund, alternative fund etc.).

Investor reporting by mutual investment funds via WM Datenservice

On each valuation date:
Redemption price

On distribution:
Amount of distribution

On fund launch or start of marketing:
Fund qualification

4.2 Special investment funds

4.2.1 Tax duties of the fund

In the same way as for mutual investment funds, a foreign special investment fund may reduce its level of German withholding tax if this is permitted under a corresponding double taxation convention and it is subject to corporation tax in the form of withholding tax due to the absence of a transparency option (see the information on mutual investment funds under 4.1.1 above). In the same way as for mutual investment funds, special investment funds may also be required to submit an annual corporation tax return for income not subject to withholding (e.g. rental income from German real estate) if it cannot pass this taxation on to the investor by exercising a transparency option (see the information on mutual investment funds under 4.1.1 above).

4.2.2 Investor reporting

Special investment funds must provide information on their

- distributions and dividend equivalents,
- certain income recognised on a pro rata basis for the period of ownership,
- equity gains (Sections 39, 40 and 48 InvStG),
- partial exemption gains (Sections 40, 43 and 48 InvStG) as well as
- real estate and DTC gains (Sections 40, 43 and 48 InvStG)

broken down into the relevant income components. In the case of special investment funds, the capital management company (or the German investor in the case of foreign special investment funds, although this is largely impracticable) must also submit a uniform and separate annual statement illustrating the determination of the bases for tax assessment for German investors (Section 51 InvStG).

4.3 Non-UCITS funds with the legal form of a partnership

4.3.1 Tax duties of the fund

As partnerships are transparent for the purposes of German income tax and corporation tax, they do not have any tax duties as a matter of principle. As an exception, it may be necessary to submit a trade tax return for permanent establishments located in Germany. If foreign investors generate income with limited tax liability via a partnership in Germany, e.g.

- income from German agriculture and forestry,
- income from a German permanent establishment,
- dividends and certain gains on the disposal of German corporations,

these foreign investors may be required to submit a tax return in Germany (for German income not subject to withholding) or to apply for the partial reimbursement of income subject to withholding under the terms of a double taxation convention.

4.3.2 Investor reporting

The following distinction is made with regard to the tax duties of non-UCITS funds with the legal form of a partnership:

1. If there is only one German investor, this investor is obliged to include all income and profits of the partnership, including any profits or income from the supplementary or special tax accounts it is required to prepare, in its annual income tax or corporation tax return.
2. If there are multiple German investors, a uniform and separate statement illustrating the determination of the bases for tax assessment for all the German investors must be submitted to the tax office of the partnership or the partner with the largest equity interest. At its discretion, the tax office may request that each of the German investors submit such a uniform and separate statement in accordance with Section 180 AO.

In practice, the partnership prepares an "Ertraegnisaufstellung" (statement of expenses and income) for the investor in cases where the partnership has a single investor and the annual statements illustrating the determination of the bases for tax assessment for the tax office in cases where the partnership has multiple German investors, as the investors do not generally possess the necessary information and expertise.

4.4 Funds subject to special legislation

As the tax duties of funds subject to special legislation can be extremely varied and complex, they must be carefully analysed and examined on a case-by-case basis.

5 Tax audit by the German tax authorities

5.1 Mutual investment funds

In accordance with Section 5 InvStG, the responsible tax authority is authorised to examine the tax situation of the mutual investment fund and the bases for tax assessment of the investor, including the possibility of an on-site external tax audit. In particular, this includes examining the fund's qualification as a mutual investment fund and the appropriate taxation of the mutual investment fund in terms of corporation tax on domestic

income. For German investment funds, the responsible body is the **tax office** in whose territory the asset management company is managed (Section 4 (1) InvStG). For foreign investment funds, the responsible body for domestic income not subject to withholding (e.g. rental income from domestic real estate) is the tax office in whose territory the investment fund's domestic assets are substantially located. The **German Federal Central Tax Office** in Bonn is responsible for all other income of the investment fund as well as the question of qualification as an investment fund. Due to the principle of territoriality, it is evident that the German tax authorities cannot conduct an on-site audit of foreign investment funds. In certain cases, however, foreign authorities may be able to provide administrative assistance. In addition, Section 90 (3) AO states that German taxable entities have an increased duty to cooperate and keep records in the case of investments abroad. Any breach of this duty may result in an external tax audit or the application of a less advantageous base for tax assessment.

5.2 Special investment funds

The German tax authorities are authorised to examine special investment funds and conduct external tax audits in the same way as for mutual investment funds. In accordance with Section 5 (2) No. 2 InvStG, the German tax authorities may also examine the conditions for the tax qualification of the fund as a special investment fund (see the information on special investment funds under 2.2 above).

5.3 Non-UCITS funds with the legal form of a partnership

In the case of non-UCITS funds with the legal form of a partnership, the German tax authorities may examine the nature, amount and taxation of the income of the partners/investors of the partnership that is subject to limited tax liability in Germany in accordance with Section 193 ff. AO. This relates in particular to income from German permanent establishments and income (and any profits) from German real estate. In the case of income subject to withholding, e.g. dividends paid by German companies or stock corporations, an examination at the level of the withholding agent responsible for withholding the tax, e.g. the last German paying agent in the custody chain, is permitted (Section 193 (2) No. 1 AO).

The separate and uniform statement illustrating the determination of the basis of tax assessment for all investors that is required to be prepared and submitted by the partnership or its tax advisor in the case of partnerships with multiple German investors is generally also subject to an external tax audit. If a foreign partnership has only one German investor, the bases of tax assessment for the partnership may be included in the scope of a tax audit of the investor.

Due to the principle of territoriality, the German tax authorities cannot conduct an on-site audit of foreign investment funds. In certain cases, however, foreign authorities may be able to provide administrative assistance. In addition, Section 90 (3) AO states that German taxable entities have an increased duty to cooperate and keep records in the case of investments abroad. Any breach of this duty may result in an external tax audit or the application of a less advantageous base for tax assessment.

5.4 Funds subject to special legislation

The possibility of conducting a tax audit depends on the specific qualification of the fund.

6 Summary

The taxation of funds and their German investors in Germany can be summarised as follows:

(Mutual) investment funds

- 15% corporation tax for certain German income at fund level
- Fund distributions taxed at investor level
- Minimum annual taxation at investor level (advance lump sum)
- Gains on disposal taxed at investor level (less advance lump sums already taxed)
- System of partial exemption at investor level to compensate for pre-taxation at fund level
- Annual tax return for German real estate income
- Withholding tax for German dividends may be claimed for reimbursement under a DTC where applicable
- Redemption prices, distributions and fund qualification reported to WM Datenservice
- Audit by the tax office in whose territory the fund's German assets are substantially located or the German Federal Central Tax Office where applicable

Special investment funds

- 15% corporation tax for certain German income at fund level (but transparency option if investor taxation documented)
- Fund income and profits taxed at investor level on distribution (transparency principle)
- Certain fund income and profits reinvested over a longer period taxed at investor level on reinvestment at the end of the fund's financial year
- Annual calculation of distributions and dividend equivalents
- Annual tax return for German real estate income
- Withholding tax for German dividends may be claimed for reimbursement under a DTC where applicable
- Audit by the tax office in whose territory the fund's German assets are substantially located or the German Federal Central Tax Office where applicable

Non-UCITS funds with the legal form of a partnership

- Complete transparency for German income and corporation tax purposes
- All income and profits of the partnership taxed at the level of the German investor at the end of the financial year (partnership is transparent)
- Blocking effect of a foreign permanent establishment under DTC law may be reversed by the German International Transactions Tax Act
- Annual submission of tax return for German real estate income by partners
- Annual submission of uniform and separate statement illustrating determination of bases for tax assessment by partners taxable in Germany if multiple partners; otherwise: mandatory statement of expenses and income for partner
- Audit by the tax office in whose territory the fund's German assets are substantially located, the tax office responsible for uniform and separate determination or the investor's tax office or by the German Federal Central Tax Office where applicable

Funds subject to special legislation

- Taxation and the opportunities for audit and examination available to the German tax authorities vary considerably depending on the type of vehicle, e.g. REIT stock corporations and their investors are taxed in accordance with the German REIT Act

Kontakte/Contacts

 <p>Andreas Patzner Partner KPMG Frankfurt Kontakt Daten Tel +49 69 9587 2696 apatzner@kpmg.com</p>	<p>Andreas Patzner ist Rechtsanwalt, Steuerberater und Partner bei KPMG Frankfurt am Main.</p> <p>Seit über 15 Jahren liegt sein Tätigkeitsschwerpunkt in der Beratung von Banken, Versicherungen, Investmentgesellschaften und sonstigen Finanzdienstleistern auf dem Gebiet des nationalen und internationalen Steuerrechts. Seine besonderen Schwerpunkte bilden die Investmentbesteuerung (einschließlich Private Equity-Fonds) und die steuerliche Umsetzung regulatorischer Entwicklungen durch maßgeschneiderte Lösungen (sog. Solutions) und Managed Services bis hin zum Outsourcing von Steuerfunktionen.</p>	<p>Andreas Patzner is attorney at law, certified tax advisor and partner in KPMG's Frankfurt office.</p> <p>For more than 15 years the focus of his tax advisory activity is advising banks, insurance companies, investment management companies and other financial institutions on all upcoming national and international tax issues. Specifically, he advises on the investment fund taxation (including private equity funds) and the transformation of regulatory developments from a taxation point of view by developing specific solutions and managed services including outsourcing of tax functions.</p>
 <p>Jürgen Nagler Senior Manager KPMG Frankfurt Kontakt Daten Tel +49 69 9587 2254 jnagler@kpmg.com</p>	<p>Jürgen Nagler ist Rechtsanwalt, Steuerberater und Senior Manager bei KPMG Frankfurt am Main.</p> <p>Seit 15 Jahren liegt sein Tätigkeitsschwerpunkt im EU-Steuerrecht (direkte Steuern). Er hat in den EuGH-Verfahren C-471/04 <i>Keller Holding</i> (Urteil vom 23.02.2006) sowie C-382/16 <i>Hornbach Baumarkt</i> (Urteil vom 30.06.2018) die Klägerinnen erfolgreich vor dem EuGH vertreten. Neben Veröffentlichungen zu diesem Thema spricht er auch als Redner auf Konferenzen zum EU-Steuerrecht.</p>	<p>Juergen Nagler is attorney at law, certified tax advisor and senior manager in KPMG's Frankfurt office.</p> <p>Since 15 years he is specialized in the area of European taxation (direct taxes). Juergen represented successful the claimants in the cases 471/04 <i>Keller Holding GmbH</i> (judgment from 23 February 2006) and 382/16 <i>Hornbach-Baumarkt AG</i> (judgment from 31 May 2018) before the European Court of Justice. He is publishing permanently in German tax magazines and also a speaker at international tax conferences.</p>
 <p>Markus Erb Prokurist und Direktor Verband der Auslandsbanken in Deutschland Kontakt Daten Tel +49 69 975850 0 markus.erb@vab.de</p>	<p>Markus Erb leitet als Prokurist und Direktor den Bereich Steuern und Betriebswirtschaft des Verbands der Auslandsbanken in Deutschland. Er ist verantwortlich für alle Steuerthemen und insbesondere für das Thema Investmentsteuerrecht im Verband.</p>	<p>Markus Erb is director and is heading the tax and economic affairs department of the Association of Foreign Banks in Germany. He is responsible for all tax issues and especially for the topic investment tax act in the association.</p>

Einlage/Insert: Investmentsteuergesetz/Investment Tax Act 2018

Besteuerung von Auslandsfonds in Deutschland ab 2018

Mit Bekanntgabe des Gesetzes zur Reform der Investmentbesteuerung vom 19. Juli 2016 wird ab 1. Januar 2018 eine grundlegende Reform der Investmentbesteuerung in Kraft treten. Zentrale Elemente der Neuregelung stellen für Publikums-Investmentfonds die Abschaffung des „transparenten“ Besteuerungssystems durch getrennte Besteuerung von Investmentfonds und Anleger verbunden mit einer pauschalen Besteuerung (Vorabpauschale) auf Anlegerebene dar.

Diese Broschüre führt grundlegend in die neue Investmentbesteuerung in Deutschland ab 2018 ein.

A Guide to the Taxation of Foreign Funds in Germany from 2018

Following the publication of the German Investment Tax Reform Act of 19 July 2016 a fundamental reform of investment taxation will come into force with effect from 1 January 2018. For mutual investment funds, the central elements of the new legislation are the elimination of the "transparent" taxation system through the separate taxation of investment funds and investors combined with flat-rate taxation (advance lump sum) at investor level.

This brochure gives a basic introduction to the new investment taxation in Germany from 2018.



Verband der Auslandsbanken
in Deutschland e.V.

Association of Foreign Banks in Germany